



45. Jahrgang · Heft 1-2/2007  
Herausgeber: Innenministerium NRW.  
[www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de)

LKA NRW – Cannabis,  
das „grüne Gold“

LKA NRW –  
Kriminalitäts-  
statistik 2006

IAF NRW –  
Serie Einführungs-  
fortbildung, Teil 2

IM NRW – Verkehrs-  
unfallstatistik 2006

IM NRW –  
IPOMEX 2007



# Benefizgala der NRW-Polizeistiftung

*Aus Anlass ihres 10-jährigen Bestehens veranstaltet die NRW-Polizeistiftung am Samstag, den 2. Juni 2007, eine Jubiläums-Feier in den Düsseldorfer Rheinterrassen. Als einer der Programmhöhepunkte konnte jetzt aus den Niederlanden die A-Capella-Formation „Rock4“ und die bekannte Schlagersängerin Ireen Sheer gewonnen werden. Die NRW-Polizeistiftung möchte das Fest mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und der Wirtschaft und natürlich auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Polizei NRW feiern. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Ingo Wolf, ist Schirmherr der Veranstaltung.*

Die NRW-Polizeistiftung hofft, am 2. Juni 2007 viele Gäste in der Landeshauptstadt Düsseldorf begrüßen zu können. Geplant ist der Einlass für 19.00 Uhr, der Veranstaltungsbeginn ist um 19.30 Uhr.

Der Eintrittspreis wird 25,- € pro Person betragen, inklusive der Teilnahme an der Tombola mit attraktiven Preisen. Die Firma Stockheim (Caterer der Rhein-



**Aktuelle Infos:** [www.polizeistiftung.nrw.de](http://www.polizeistiftung.nrw.de)

terrassen) bietet während der Veranstaltung für Selbstzahler ein kalt/warmes Büfett an. Der Kartenvorverkauf läuft bereits auf der Internetseite [www.polizeistiftung.nrw.de](http://www.polizeistiftung.nrw.de).

Die Eintrittskarten werden Ihnen kostenfrei zugestellt!

## Sonderangebot Hotelübernachtung

Die Polizeistiftung bietet den Kartenkäufern eine Hotelübernachtung in einem 4-

Sterne-Hotel in Veranstaltungsnähe zu Sonderkonditionen an.

Diese beinhalten die Übernachtung von zwei Personen im Doppelzimmer inklusive Frühstück zum Gesamtpreis von 99,- €. Dieses Angebot gilt nur in Verbindung mit dem Erwerb von Eintrittskarten!

*Der Stiftungsvorstand*

## Programm (Stand April 2007)

- Rock4, die A-Capella-Formation aus den Niederlanden mit einer Interpretation der legendären Rockband Queen
- Ireen Sheer, Schlagersängerin
- Big Band des Landespolizeiorchesters NRW
- Tanz mit der Combo des Landespolizeiorchesters NRW
- Tombola mit attraktiven Preisen
- Überraschungsgäste aus Film und Fernsehen
- DJ Bernhard
- Moderation: Dieter Beutel (Polizeipräsidium Köln)



## Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem Kampf der nordrhein-westfälischen Polizei gegen den illegalen Betrieb von Cannabisplantagen.

Der „Streife-Artikel“ stellt die LKA-Projektgruppe „Cannabisplantagen“ vor, die mit großem Erfolg operativ gegen so genannte „Cannabis-Farmer“ vorgeht. Parallel zu den operativen Maßnahmen betreibt das LKA NRW in enger Kooperation mit niederländischen Ermittlern eine fundierte Auswertung und Analyse aller vorhandenen Erkenntnisse mit dem Ziel der Erkennung und Zerschlagung organisierter Strukturen.



Diese abgestimmte Arbeit hat u.a. dazu geführt, dass im letzten Jahr 21 Profiplantagen (ab 1000 Pflanzen) für Cannabis ausgehoben worden sind. Das sind doppelt so viele wie im Vorjahr. Des Weiteren wurden 36 Großplantagen (100 bis 1000 Pflanzen) von der NRW-Polizeibehörden entdeckt. Im Vorjahr waren es 31. Insgesamt wurden 58.600 Hanfpflanzen sichergestellt.

Durchschnittlich ernten die illegalen Plantagenbesitzer mit einer hohen Gewinnspanne vier Mal pro Jahr. 100 getrocknete Pflanzen ergeben vier Kilo Marihuana, das auf der Straße einen Marktwert von circa 32.000 Euro hat.

Die LKA-Projektgruppe „Cannabisplantagen“ informiert im „Streife-Artikel“ die Polizeibehörden darüber, welche Unterstützungsmaßnahmen sie im Kampf gegen die illegalen Cannabisplantagen anbieten kann.

Darüber hinaus hat die Projektgruppe zur schnellen und reibungslosen Unterstützung der Behörden eine Hotline (02 11/9 39-55 55) eingerichtet, unter der alle Serviceleistungen des LKA NRW bedarfsgerecht abgerufen werden können.

## Ihre Redaktion „Streife“

Ralf Hövelmann,  
Redaktion „Streife“  
Tel.: 02 11 – 8 71 23 66

E-Mail: [streife@im.nrw.de](mailto:streife@im.nrw.de)  
[www.streife-online.nrw.de](http://www.streife-online.nrw.de)

Das Titelfoto zeigt Cannabispflanzen, die bei einer Razzia in Nordkirchen sichergestellt werden konnten. Fotos: LKA NRW und BESI der 18. BpHu. des PP Münster

LKA NRW – Das „Grüne Gold“ Cannabis	4
IM NRW – Kriminalitätsstatistik 2006	10
IAF NRW – Die neue Einführungsfortbildung, Teil 2	14



IM NRW – Verkehrsunfallstatistik 2006	18
BR Arnsberg – Bericht vom Verkehrsgerichtstag 2007	20



IAF NRW – Ladungssicherung. Richtig. Wichtig, Serie Teil 2	26
IM NRW – Neue Fahrzeugzulassungsverordnung	28



PP Köln – Gespräch mit Weihbischof Manfred Melzer	30
IM NRW – Einladung zur IPOMEX 2007 – Fachmesse nach Münster	32
Rätsel/Vorschau	38

Fotos: Jochen Tack,  
Jan Potente



Info-Hotline „Cannabisplantagen“

## Das „grüne Gold“

### Der Kampf der NRW Polizei gegen professionelle Cannabisplantagen

*Ein Kurzschluss war offenbar die Ursache eines kleinen Brandes in einer Bochumer Lagerhalle. Als die Feuerwehr am frühen Nachmittag des 5. Januar*

*2007 vor Ort eintraf, fand sie sich unvermittelt in einer professionellen Cannabisaufzucht wieder: 2.000 ausgewachsene Pflanzen und weitere 9.000*

*Stecklinge wurden gezählt, dazu professionelles Equipment bestehend aus Speziallampen, Bewässerungs- und Filteranlagen für die Aufzucht.*

2-tägiger „Ernteeinsatz“ der 18. BPHu. des PP Münster in Nordkirchen







**LKA NRW.**

**des LKA NRW: 02 11/9 39-55 55**

Was früher eher als exotische Meldung wahrgenommen und aus polizeilicher Sicht eher Einzeltätern aus dem Milieu der Rauschgiftkonsumenten zugerechnet wurde, ist inzwischen fest in der Hand professionell organisierter Täter. Die Zahlen sichergestellter Cannabisplantagen sprechen eine deutliche Sprache: Wurden im Jahre 2000 lediglich drei derartige Cannabisplantagen in ganz NRW entdeckt, waren es 2004 bereits 32 und 2006 schon 57, die der Polizei NRW bekannt geworden sind – Tendenz weiter steigend.

Damit aber nicht jede kleine Hanfzucht das Lagebild verfälscht, wird nach einem beim Dezernat 31 des LKA NRW erstellten Kriterienkatalog mittlerweile bundesweit zwischen Großplantagen (100 bis 1.000 Pflanzen) und Profiplantagen (1.000 und mehr Pflanzen) unterschieden.

#### *Die Entwicklung des Phänomens*

Lagen die Örtlichkeiten von Cannabisplantagen in den letzten Jahren überwiegend im niederländisch-deutschen



*Zitat Stefan Kahl, LKA NRW:*

*„Das aus den Niederlanden bekannte Phänomen ‚Cannabisplantagen‘ entwickelt sich auch bei uns zu einem ernst zu nehmenden Problem.“*







## Info-Hotline „Cannabisplantagen“

Grenzgebiet, so war schon 2006 erkennbar, dass nunmehr auch im Bergischen Land und im Ruhrgebiet Plantagen angelegt werden. Vergleichbare regionale Ausweitungen werden auch in anderen Bundesländern, beispielsweise in Niedersachsen, registriert.

Ursächlich für die Expansion von Cannabisplantagen in NRW ist nach den bisherigen Erkenntnissen der erhöhte Fahndungsdruck in den Niederlanden.

Aufgrund weiter entwickelter Fahndungsraster (z.B. den Einsatz von Wärmebildkameras, Kooperationen mit Strom-

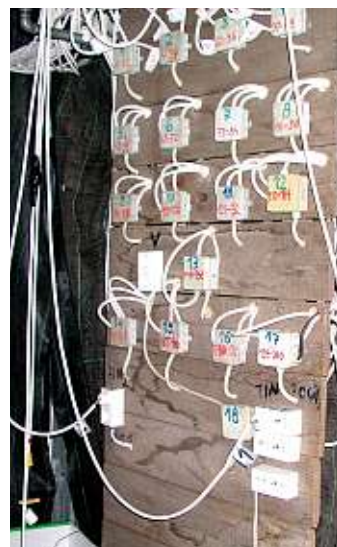
versorgern) findet jedoch zunehmend eine Verdrängung aus den ursprünglichen Anbaugebieten in den Niederlanden statt. Ein weiterer Grund für den Anbau über die Grenzen der Niederlande hinweg scheint aber auch die erheblich gestiegene Nachfrage nach dem heimisch angebauten Stoff zu sein.

Aus Gründen der besseren Abschottung der Cannabisplantagen und Verlustminimierung bei Entdeckung geht der Trend von großen Anbauflächen zu vielen kleinen Aufzuchten (z.B. in Kellern oder Dachgeschossen).

### Der Betrieb der Cannabisplantagen

Aber wer betreibt die Cannabisplantagen? Die Analyse der Ermittlungsverfahren lässt keinen Zweifel daran, dass in den weitaus meisten Fällen niederländische Tatverdächtige die Fäden ziehen. Sie bedienen sich deutscher „Strohleute“ zur Anmietung der entsprechenden Örtlichkeiten und beschäftigen „Erntehelfer“ aus Osteuropa, die zur Betreuung der Aufzucht und Bewachung teilweise sogar in den Plantagen wohnen. Die Ernten werden größtenteils in die Niederlande

## Professionelle Aufzucht bis zum Versand







**LKA NRW.**

**des LKA NRW: 02 11/9 39-55 55**

gebracht und über die in Grenznähe befindlichen Coffeeshops abgesetzt. Das umfangreiche Equipment zum Aufbau einer solchen Cannabisplantage, das legal in so genannten Grow-Shops auch in Deutschland gekauft werden kann, wird von regelrechten Bautrupps mitgebracht und (meist) fachgerecht installiert. Genauso verhält es sich mit den Setzlingen der Cannabispflanzen. Wesentlich für den laufenden Betrieb einer Cannabisplantage ist der Umstand, dass die hoch gezüchteten Pflanzen sehr viel Licht und Wärme benötigen, um den

gewünschten Ertrag zu erzielen. Da die entsprechenden Lampen aber extrem hohe Energiekosten verursachen, greifen die Hanfbauern den Strom häufig vor dem Zähler ab. Sowohl die Speziallampen als auch die Stromversorgung erhöhen allerdings die Brandgefahr erheblich. Um den markanten Geruch der Cannabispflanzen aus den Plantagen nicht nach außen dringen zu lassen, werden zusätzlich große Abluftfilteranlagen installiert. Bei einem Teil der bislang entdeckten Plantagen fiel auf, dass sogar professionelle Bewässerungs- und Düngungspläne

vorhanden waren, um den beständigen Wuchs der Pflanzen zu garantieren.

#### *Gewinne*

Der Laie fragt sich spätestens jetzt, ob sich dieser enorme Aufwand finanziell überhaupt rechnet. Hierbei ist wichtig zu wissen, dass der THC-Gehalt (TetraHydroCannabinol – Hauptwirkstoff der Cannabispflanze) durch Züchtungen inzwischen durchschnittlich 4-mal höher ist als noch in den 60er/70er Jahren.



Aufgrund optimierter Wachstumsbedingungen können in den Plantagen vier bis fünf Ernten im Jahr erzielt werden.

Bei einer Plantage von 340 Pflanzen (durchschnittliche Pflanzenzahl bei Großplantagen) und angenommenen vier Ernten wird ein Gewinn von gut 140.000 Euro im Großhandel und knapp 430.000 Euro im Straßenhandel pro Jahr erzielt. Hierbei sind die Investitions- und Be-

Auswertung nahm Innenminister Dr. Ingo Wolf zum Anlass, das Phänomen mit seinem niederländischen Justizkollegen zu erörtern.

In der Folge erhielt das LKA NRW den Auftrag, ein Bekämpfungskonzept zu erstellen. Die Projektgruppe „Cannabisplantagen“ geht operativ gegen so genannte „Cannabis-Farmer“ vor. Parallel betreibt sie in enger Kooperation mit niederländischen

Zur effektiven Bekämpfung des Phänomens hat jede Behörde des Landes einen spezialisierten Sachbearbeiter für „Cannabisplantagen“ benannt.

Außerdem unterstützt das LKA NRW mit einem breit gefächerten Angebot: Fliegerstaffel mit Wärmebildkameras, Hinweise zur Tatortsicherung, Wirkstoffbestimmung, Einsatz von VP, VE und MEK, technische Auswertungen, um-

## Info-Hotline „Cannabisplantagen“

wirtschaftungskosten für die Plantage schon berücksichtigt.

Bei einer Profiplantage mit durchschnittlich 2.500 Pflanzen ist der Gewinn mehr als 7-fach höher.

Aufgrund dieses professionellen Anbaus werden also mittlerweile deutlich höhere Gewinne als bei anderen Drogengeschäften erzielt.

### Projekt Cannabisplantagen

Steigende Fallzahlen, die vermehrte Präsenz in der Presse und die zielgerichtete

Ermittlern eine fundierte Auswertung und Analyse aller vorhandenen Erkenntnisse mit dem Ziel der Erkennung und Zerschlagung organisierter Strukturen.

Zu den operativen Maßnahmen gehören verschiedene Schritte der „erkennenden Fahndung“:

- Umsetzung des Verdachtsrasters zum Aufspüren von Cannabisplantagen
- Informationserhebungen hinsichtlich Grow-Shops
- aktive Einbindung der VP-Dienststellen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Gefahr von Bränden

fangreiche Datenanalyse und der Rechts-hilfe.

Damit eine schnelle und reibungslose Unterstützung der Behörden erfolgen kann, hat die Projektgruppe eine Hotline (02 11/9 39-55 55) eingerichtet, unter der alle Serviceleistungen des LKA NRW bedarfsgerecht abgerufen werden können. Aktuelle Hinweise und Informationen zum Phänomen und dem Projekt Cannabisplantagen des LKA NRW sind über die Intranet-Seite des LKA NRW abzurufen: <http://pol.duesseldorf-lka.polizei.nrw.de/cannabis.htm>

## Professionelle Cannabisplantagen







# 350 Drogentote in NRW im Jahr 2006, effektiver Kampf gegen Drogenhändler

Auszug aus der Presseerklärung des nordrhein-westfälischen Innenministeriums (5. März 2007)  
zur aktuellen Statistik „Drogentote in NRW“.

**des LKA NRW: 02 11/9 39 – 55 55**

Vergleiche von Cannabis mit legalen Drogen wie Wein und Bier sind verharmlosend und deshalb gefährlich. Der Wirkstoffgehalt von Cannabis ist in den letzten Jahren stark angestiegen und ein Joint heute 5-mal so intensiv wie vor zehn Jahren. Der Wirkstoffgehalt der Haschischpflanzen ist durch Zucht so verändert worden, dass eine körperliche Abhängigkeit viel schneller erreicht ist. Landesweit starben im letzten Jahr 350 Menschen an den Folgen ihres Drogenkonsums. Bei den Opfern handelt es sich zum größten Teil um langjährige Drogensüchtige. Vielfach ist ein Drogenmix oder eine Mischung verschiedener Substanzen die Todesursache. Besonders risikoreich sind verunreinigte oder gestreckte Drogen, deren Wirkung von den Süchtigen nicht genau eingeschätzt werden kann. Die Zahl der Drogentoten ist zwar im Vergleich zum Vorjahr unverändert, im Sechs-Jahres-Vergleich jedoch um 30 Prozent zurückgegangen: 2000 gab es 505 Drogentote.

## **Konsequente Strafverfolgung der Dealer**

Der Drogenhandel im Grenzgebiet kann nur durch enge Zusammenarbeit mit allen europäischen Nachbarländern unterbun-

den werden. Der Druck auf reisende Rauschgifthändler und Hintermänner muss erhöht werden. Die Erfolge der im letzten Jahr eingerichteten deutsch-niederländischen Fahndungsteams bestätigt das Konzept. Im Jahr 2006 wurden landesweit 180 kg Heroin, 258 kg Kokain, 659 kg Cannabis, 969 kg Marihuana, 334 kg Amphetamine und 291.244 Ecstasy-Tabletten sichergestellt. Somit stellten Polizei und Zoll im letzten Jahr knapp ein Viertel mehr Kokain und ein Fünftel mehr Amphetamin sicher. Die Zunahme an sichergestellten Amphetamin erklärt sich aus einem geänderten Konsumverhalten. Viele Abhängige nehmen anstatt der Ecstasy-Tablette lieber pulveriges Amphetamin, weil sie es für ungefährlicher halten. Jedoch birgt es die gleichen Gefahren.

## **Konzepte gegen illegale Hanf- plantagen greifen**

Im letzten Jahr sind 21 Profiplantagen (ab 1000 Pflanzen) für Cannabis ausgehoben worden. Das sind doppelt so viele wie im Vorjahr. Des Weiteren wurden 36 Großplantagen (100 bis 1.000 Pflanzen) von der NRW-Polizei entdeckt. Im Vorjahr waren es 31. Insgesamt wurden 58.600 Pflanzen sichergestellt. Durchschnittlich

ernten die illegalen Plantagenbesitzer mit einer hohen Gewinnspanne 4-mal pro Jahr. 100 getrocknete Pflanzen ergeben vier Kilo Marihuana, das auf der Straße einen Marktwert von circa 32.000 Euro hat.

Der unbekümmerte Umgang der Jugend mit Cannabis, das zu den „weichen“ Drogen gerechnet wird, ist besorgniserregend. Die an der Grenze kontrollierten Jugendlichen glauben, dass sie geringe Mengen Cannabis zum „Eigenbedarf“ besitzen dürften. Sie kaufen die weichen Drogen legal in den niederländischen Coffee-shops, und es ist den jungen Erwachsenen schwer zu vermitteln, dass sie ihr „Gras“ zwar in Holland rauchen können, aber nicht mit über die Grenze nehmen dürfen. In Deutschland ist auch der Besitz selbst kleiner Mengen von Marihuana verboten. Laut Gesetz kann der Richter jedoch von der Strafe absehen, wenn die beim Tatverdächtigen gefundenen Drogen nur für ihn selber bestimmt sind. Die Polizei erstattet in jedem Fall eine Strafanzeige, stellt die Drogen sicher und vernichtet sie anschließend.

Die komplette Presseerklärung vom 5. März ist zum Nachlesen im Internet eingestellt unter: [www.im.nrw.de](http://www.im.nrw.de)

# Kriminalitäts- statistik 2006

## Weniger Straftaten und höhere Aufklärungsquote

*Zum zweiten Mal in Folge gingen die polizeilich erfassten Straftaten in Nordrhein-Westfalen zurück. Die Zahl sank um 0,8 Prozent (-11.500) auf 1.491.897 Millionen, nachdem sie 2005 bereits um 1,8 Prozent gesunken war. Gleichzeitig stieg die Aufklärungsquote um 0,6 Prozent auf fast 49,9 Prozent und erreichte damit den höchsten Stand seit sechs Jahren.*

Im Vorjahr hatte sie bereits um 1,4 Prozent zugelegt. Die Polizei hat den Druck auf Kriminelle weiter erhöht. Das Konzept, überflüssige Bürokratie und Hierarchien abzubauen, zeigt Wirkung.

Bei den Autodiebstählen weist die Statistik den besten Wert seit 41 Jahren auf. Der deutliche Rückgang um 17 Prozent im Vergleich zu 2005 markiert einen neuen Tiefstand seit der Einführung der Erfassung im Jahr 1963. Die Zahl der Wohnungseinbrüche war 2006 die niedrigste seit 24 Jahren.

### Weniger Kinder und Jugendliche kriminell

Die Kriminalität von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden geht in NRW zurück. Im vergangenen Jahr ermittelte die Polizei 23.329 Kinder zwischen acht und 14 Jahren (-940/-3,9%) und 60.907 Jugendliche (-136/-0,2%) bis 18 Jahre sowie 50.053 Heranwachsende bis 21 Jahre (-559/-1,1%) als Tatverdächtige.

Davon waren 8.843 Intensivtäter, 104 (1,2%) weniger als 2005. Als Intensivtäter werden die unter 21-Jährigen bezeichnet, die mehr als fünf Straftaten in einem Jahr begehen.

Ein wichtiges Ziel der Landesregierung ist, Kinder und Jugendliche vor kriminellen Karrieren zu bewahren. Die Polizei hat deshalb Konzepte entwickelt, nach denen sie eng mit der Justiz und den Kommunen zusammenarbeitet und die auf eine frühere und gezielte Abschreckung von Mehrfachtätern ausgerichtet sind. Denn kriminelle Karrieren beginnen in der Regel in jungen Jahren. So sucht die Polizei beispielsweise verstärkt diese Jugendlichen zu Hause auf und erklärt ihnen im Beisein der Eltern, welche Strafen sie zu erwarten haben.

Der Anteil von Jugendlichen an Gewalttaten veränderte sich 2006 nicht. 86,3 Prozent dieser Taten begehen männliche Tatverdächtige unter 21 Jahre. Sie begehen weiter – oft unter Alkoholeinfluss – jede zweite gefährliche oder schwere Körperverletzung (54%). Männliche Jugendliche neigen eher dazu, ihre Aggressionen auszuleben und Konflikte mit Gewalt statt durch Kompromisse zu lösen – sie schlagen schlichtweg eher zu.

Die Zahl der minderjährigen Tatverdächtigen bei Raubdelikten zeigt mit rund 58,5% (Vorjahr: 58,9%) einen traurigen Trend bei den unter 21-Jährigen. Die Raubüberfälle auf öffentlichen Straßen wurden zu drei Viertel von dieser Alters-

gruppe verübt. Problematisch ist das sogenannte „Abziehen“, bei dem die Jugendlichen Gleichaltrigen oder Jüngeren gewaltsam Handys, MP3-Player oder Bargeld rauben.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, bei Kindern und Jugendlichen für ein friedvolles Miteinander zu werben und Gewalt ächten. Diese Aufgabe können Eltern, Schule und andere staatliche, kommunale und private Einrichtungen und Initiativen nur gemeinsam bewältigen. Die Polizei hat ihren Teil im vergangenen Jahr dazu beigetragen und wird dies auch in Zukunft tun. So wurde die Zusammenarbeit mit den Schulen deutlich verbessert. Die Polizei berät und unterstützt die Schulen, damit Mobbing erkannt und Gewalt bereits im Vorfeld unter Jugendlichen verhindert wird. Jede Schule hat einen festen Ansprechpartner bei der Polizei.

Erschütternde Ereignisse wie der Amoklauf an der Geschwister-Scholl-Realschule in Emsdetten lassen die Frage nach einer zunehmenden Brutalisierung an Schulen aufkommen. Das aber war ein besonders schwerer Einzelfall, der eben nicht als Indikator für eine allgemeine Zunahme der Gewalt an Schulen herhalten darf. Denn es zeigt sich bei Untersuchungen, dass es tatsächlich keine Hinweise auf eine zunehmende Gewalt an Schulen gibt. In einer Untersuchung zu Gewalt verursachenden Verletzungsgeschehen an Schulen kommt der Bundesverband der Unfallkassen für die Jahre



1993 bis 2003 zu dem Ergebnis, dass die Zahl der „Raufunfälle“ sogar rückläufig ist. In keiner der untersuchten Schularten war eine zunehmende Brutalisierung erkennbar. Untersucht wurden Grundschulen, Sonderschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.

### ***Straßenkriminalität auf dem Stand von 1996***

Nach dem jahrelangen Anstieg der Straßenkriminalität machen sich die Einsatzkonzepte der Polizei bezahlt. Es gibt einen deutlichen Rückgang um 3,3% (15.300) auf 445.600 Taten. Das ist der gleiche Stand wie 1996. Die Zahl der Fälle von Handtaschenraub sank um fast 5% auf rund 1.240. Zusätzlich zu den Einsätzen an den Kriminalitätsbrennpunkten verstärkte die Polizei die Präsenz der Fußstreifen. Dies ist wichtig für das Sicherheitsempfinden der Menschen.

### ***Weniger Diebstähle***

Der seit 2003 rückläufige Trend bei der Diebstahlskriminalität setzte sich 2006 mit 3,3% (fast 24.000) auf rund 698.000 Fälle fort. Trotz der oft schwierigen Ermittlungen – die Täter hinterlassen selten deutliche Spuren – wurde jeder vierte Diebstahl von der Polizei aufgeklärt. Beim Taschendiebstahl gab es mit 34.515 Straftaten 17,4% weniger und bei den Diebstählen von Fahrrädern mit minus 7,3% insgesamt 100.290 Straftaten

### ***Wohnungseinbrüche auf dem niedrigsten Stand seit 24 Jahren***

Die Zahl der Wohnungseinbrüche sank um 1,8% auf 37.686 und liegt damit auf dem niedrigsten Stand seit 1982. Der hohe Anteil der Einbruchsversuche von 37,1% zeigt, dass Einbrüche immer häufiger



scheitern, weil die Menschen ihr Eigentum besser schützen. Das Zusammenwirken von polizeilicher Vorbeugung und Repression führt hier zu einer nachhaltigen Entwicklung. Die Polizei wird auch in Zukunft alle Interessierten beraten, wie sie ihre Wohnungen wirksam schützen können.

### ***Die wenigsten Autodiebstähle seit 1963***

Die Kraftfahrzeugdelikte sind weiter zurückgegangen. Gegenüber dem Vorjahr wurden fast 2.000 Kraftwagen (17%) weniger gestohlen: 9.475. „So wenig Autodiebstähle gab es zuletzt vor 1963. Auch die Diebstähle aus Kraftfahrzeugen gingen um über 3.000 (2,4%) Fälle zurück. Hier machten sich die technischen Sicherungen positiv bemerkbar. Neben Handys und Notebooks hatten es die Diebe besonders auf mobile Navigationsgeräte abgesehen.

### ***Weniger Betrug mit gestohlenen Debitkarten***

Durch verbesserte Sicherheitsverfahren wurde der Missbrauch von Debitkarten im

Lastschriftverfahren gestoppt. Nach starken Steigerungen bis 2004 gingen die Betrügereien mit gestohlenen Debitkarten 2006 um 9% auf 11.900 zurück. Dies ist zum einen darauf zurückzuführen, dass immer mehr Geschäfte auf die Bezahlung mit PIN-Eingabe umstellten und auf das unsichere Lastschriftverfahren verzichteten. Zum anderen trug „KUNO“ zum Rückgang bei. Mit diesem im Mai 2006 landesweit eingeführten Informationssystem wird der Einzelhandel direkt und mit einem Mausklick bei der Anzeigenaufnahme von der Polizei mit einer verschlüsselten E-Mail über den Diebstahl einer Debitkarte informiert. Legt ein Betrüger die gestohlene Karte in einem Geschäft vor, wird die Zahlung verweigert. Sei Mai 2006 gab es mehr als 32.000 Sperrmeldungen. Die NRW-Polizei führte allein 43% aller Kartensperrungen in Deutschland durch. Das Konzept „KUNO“ flächendeckend einzuführen und die Sperrmeldung direkt mit der Anzeigenaufnahme zu verknüpfen, hat sich bewährt. Das schnelle Sperren verhindert damit Straftaten und nützt allen: den Kunden, dem Einzelhandel und der Polizei.

**Wohnungseinbrüche auf dem niedrigsten Stand seit 24 Jahren.  
Foto: Jan Potente**

### 86 % Internetkriminalität aufgeklärt

Straftaten, bei denen die Täter das Internet nutzten, stiegen um 14 % (7.590) auf 60.500. Dazu gehören u. a. Betrug (83 %), Softwarepiraterie (7,2 %) und 3,9 % Sexualdelikte. Rund 86 % (+1,1 %) aller Fälle wurden aufgeklärt. Die Internetkriminalität macht inzwischen mehr als 4 % der Gesamtkriminalität aus. Ihr Anteil stieg im letzten Jahr um 0,6 %. Für die Zukunft rechnet die Polizei mit einem weiteren Zuwachs der Kriminalität in diesem Bereich. Die Besonderheiten des Internets erfordern besonders qualifizierte Ermittlerinnen und Ermittler: Es gibt keine klassischen Tatorte, die Tat hat oft internationale Bezüge, Täter und Opfer haben nur wenige oder gar keine Vorbeziehungen. Die hohe Aufklärungsquote zeigt, dass die nordrhein-westfälische Polizei technisch und personell gut aufgestellt ist.

Die Polizei beobachtet eine Verlagerung der Eigentums kriminalität vom klassischen Diebstahl hin zum immer öfter online begangenen Waren- oder Warenkreditbetrug. Mehr als 50.000 der Fälle waren Betrugsdelikte im Internet z. B. bei Online-Versteigerungen. Außerdem werden durch Phishing oder Trojaner Kontodaten und Sicherheitsmerkmale ausgereist. Die Polizei appelliert deshalb an die Bürgerinnen und Bürger, die angebotenen Sicherheitsverfahren der Online-Händler und Versteigerungsplattformen zu nutzen und sich bei den Angeboten der Polizei und beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zu informieren.

### Gewaltkriminalität nimmt zu

Mit Sorge betrachtet die Polizei den weiteren Anstieg der Gewaltkriminalität um 2,3 % auf rund 53.000 Taten. Die Aufklärungsquote ist hier mit rund 73 % sehr



Gewaltkriminalität nimmt zu. Foto: Jan Potente

hoch. 87,5 % der Gewalttaten wurden durch Männer begangen. Der Anteil von tatverdächtigen Frauen stieg in den letzten zehn Jahren geringfügig um 1,8 %. Im vergangenen Jahr wurden in NRW 146 Menschen (+8) Opfer eines Mordes oder Totschlags. In 270 Fällen wurde ein Tötungsdelikt versucht. 93 % der Fälle wurden aufgeklärt. Das Risiko, in NRW Opfer eines vollendeten oder versuchten Tötungsdelikts zu werden, ist heute wesentlich geringer als in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts (1970: 641 Fälle; 1980: 620 Fälle; 1990: 503 Fälle).

### Sexualdelikte oft im sozialen Umfeld

Im vergangenen Jahr wurden 11.474 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung angezeigt. Das sind 623 oder 5,2 % weniger als 2005 (12.097 Fälle). Die Polizei registrierte mit 1.653 Vergewaltigungen 5,8 Prozent (101 Fälle) weniger als im Vorjahr. Die Zahl der Fälle von sexuellem Missbrauch von Kindern nahm erneut ab und liegt bei 2.866, das ist ein Minus von 7,7 Prozent (-240 Fälle). Dies ist die geringste Zahl von registrierten Missbrauchstaten seit 20 Jahren.

Von den 1.585 Frauen und 75 Männern, die Opfer einer Vergewaltigung oder einer besonders schweren sexuellen Nötigung wurden, waren 270 (16,3 %) Heranwachsende, 360 (21,7 %) Jugendliche und 32 (1,9 %) Kinder. Insgesamt betrug der Anteil der unter 21-jährigen Opfer 39,9 Prozent. Die meisten Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen ereigneten sich im sozialen Umfeld. Von den 1.660 Opfern einer Vergewaltigung oder besonders schweren sexuellen Nötigung waren 1.022 (61,6 %) Verwandte oder Bekannte der Tatverdächtigen. In 75,4 % der Fälle hatten Opfer und Tatverdächtige zumindest eine flüchtige Vorbeziehung. Mehr als 81 Prozent der Taten klärte die Polizei auf.

### Körperverletzungen: Täter und Opfer kennen sich oft

Den größten Anteil an der Gewaltkriminalität haben mit über 36.200 Taten gefährliche und schwere Körperverletzungen. Hier liegt der Zuwachs bei 2,8 %. Die Aufklärungsquote beträgt 82,2 %. Dies ist ein Indiz dafür, dass diese Delikte oft in einem sozialen Umfeld gesche-



# PKS 2006: Kriminalität im Überblick

Wie die Grafiken zeigen, gibt es neben dem Anstieg bei Gewaltdelikten auch positive Entwicklungen. So stieg die Aufklärungsrate auf den höchsten Stand seit sechs Jahren, während die Zahl aller erfassten Straftaten zum zweiten Mal in Folge sank (vor allem beim Autodiebstahl und Wohnungseinbrüchen).



Leichter Anstieg bei Raubdelikten. Foto: Jan Potente

hen, in dem Täter und Opfer einander kennen.

Mehr als zwei Drittel aller Körperverletzungsdelikte waren eher „leicht“. Sie nahmen um 5,6 % (5.000) auf 79.600 zu. Der Anstieg sei auch mit dem Aufhellen dieses Dunkelfeldes zu erklären, so die Polizei. Das bestätige auch der jüngste Sicherheitsbericht der Bundesregierung sowie Wissenschaftler. Körperverletzungen werden heute statistisch besser registriert als früher. Dies geschieht zum Beispiel durch das konsequente Einschreiten der Polizei bei häuslicher Gewalt und die vermehrte Bereitschaft der Bevölkerung, solche Taten anzuzeigen. Im Jahr 2006 gab es über 19.000 Strafanzeigen zu Häuslicher Gewalt. In rund 8.400 Fällen wurden Wohnungsverweise und Rückkehrverbote ausgesprochen.

Das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr eine wissenschaftliche Dunkelfelduntersuchung insbesondere zum Thema Körperverletzungen durchführen, die auch Opferbefragungen einschließt. Erwartet werden dadurch wichtige Erkenntnisse zum tatsächlichen Ausmaß dieser Kriminalität.

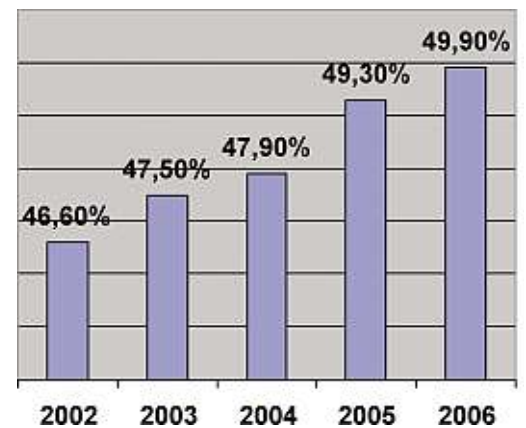
## Leichter Anstieg bei Raubdelikten

Mit 14.645 Fällen wurden 259 Fälle oder 1,8 % mehr Raubdelikte erfasst als im Jahr 2005. Die Aufklärungsquote betrug 48,4 Prozent und stieg damit um 0,7 Prozentpunkte. 2006 verringerte sich die Anzahl der Raubüberfälle auf Geldinstitute, Postfilialen bzw. -agenturen um 32 Fälle oder 16,2 % auf 166.

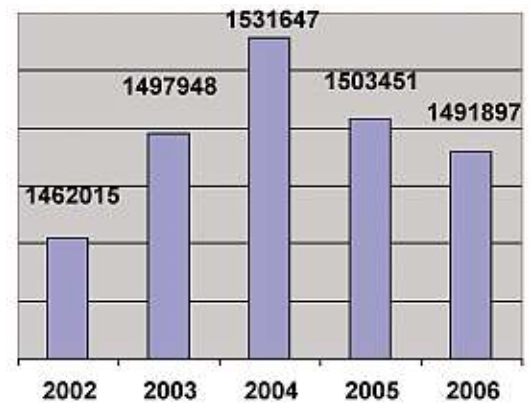
## Rund 850 Millionen Euro Schaden durch Wirtschaftskriminalität

Die Polizei bearbeitete im vergangenen Jahr 17.406 Wirtschaftsstrafsachen. Das sind 13,7 Prozent (2.102 Fälle) mehr als im Jahr 2005. Den größten Anteil machten mit 11.212 Taten die Betrugsdelikte aus (+53%/+3.885). Die Beamtinnen und Beamten ermittelten in 102 Fällen wegen Subventionsbetruges (+67 Fälle). Die Wirtschaftskriminellen verursachten einen Vermögensschaden von rund 850 Millionen Euro.

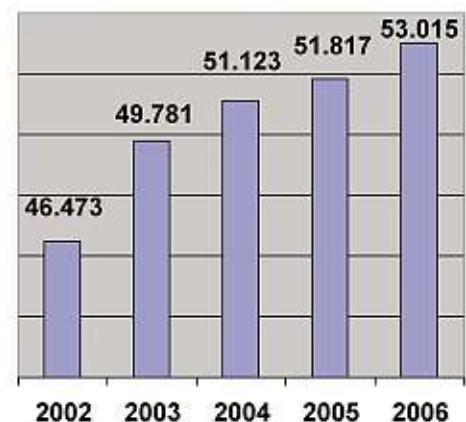
Die Kriminalstatistik 2006 finden Sie auf der Homepage des Landeskriminalamtes unter [www.lka.nrw.de](http://www.lka.nrw.de)



Aufklärungsquote in Prozent



Erfasste Fälle insgesamt



Gewaltkriminalität in Tausend

# Die neue Einführungsfortbildung, Teil 2

## Unterwegs mit angehenden Ermittlungsbeamtinnen und -beamten – die erste Praxisphase

*Beim Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (IAF NRW) wird seit Oktober 2006 das neue Seminar „Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamtinnen und Ermittlungsbeamte“ durchgeführt. Knapp zwei Monate hat PHKin Jasmin Dunkhorst für die Redaktion „Streife“ die Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmer sowie deren Dozenten begleitet. Aus Erlebnisberichten und Interviews stellt Sie anschaulich das „Modul I – Ermittlungen“ des „neuen Pflichtlehrgangs“ dar. Ihr „Streife-Fazit“: In der zentralen Einführungsfortbildung für Ermittlungsbeamtinnen und Ermittlungsbeamte hat sich einiges verändert – Bewährtes ist aber geblieben.*

*Jasmin Dunkhorst wird den Seminarteilnehmerinnen und Seminarteilnehmern weiterhin „über die Schulter schauen“ und von deren Erfahrungen auch in den nächsten „Streife-Ausgaben“ berichten.*

In dieser Ausgabe berichtet Jasmin Dunkhorst über das Praxismodul von Ilka zur Nieden und Markus Dreisewerd. Die beiden Seminarteilnehmer haben „die Reise“ zurück in ihre Behörden angetreten und einen Arbeitsplatz in einem Kommissariat zugewiesen bekommen. Dort hat sie Jasmin Dunkhorst gemeinsam mit den Lehrenden der Einführungsfortbildung Peer Söhns und Udo Rechenbach besucht, um mehr über ihre Er-

fahrungen in der siebenwöchigen Praxisphase I zu erfahren.



1. Station beim Polizeipräsidium Düsseldorf, PI Süd/West im Kommissariat 1 – Markus Dreisewerd aus dem Lehrgang B.

*Jasmin Dunkhorst: Wir hatten das Glück, ihn gleich in Aktion zu erleben – bei einer Vernehmung. Anschließend konnten wir Markus Dreisewerd noch beim Sichern von Fingerspuren an einem Tatwerkzeug beobachten, sodass dem Betrachter gleich klar wurde: der arbeitet hier ganz normal mit und ist mitten im Geschehen. Dass dies auch so sein soll, versichert uns sein Kommissariatsleiter, Hans Beckers, der zurzeit auch die persönliche Betreuung seines Praktikanten übernommen hat.*

Hans Beckers: Markus ist in unserem Kommissariat der PI Süd/West für alle anfallenden Aufgaben zuständig: von Raubdelikten, über Körperverletzungen bis hin zur häuslichen Gewalt.

*Jasmin Dunkhorst: Wie beurteilen Sie die Entwicklungen in der kriminalpolizeilichen Fortbildung?*

Hans Beckers: Die sehe ich grundsätzlich sehr positiv. Mein Eindruck ist allerdings,

dass diese Veränderungen bereits in der Ausbildung berücksichtigt werden sollten. Die Ausbildungsinhalte könnten in manchen Bereichen praxisorientierter und der theoretische Unterbau könnte vorausschauender sein.

*Jasmin Dunkhorst: Ist ihr Kommissariat erstmalig an einer Praxisphase der Einführungsfortbildung beteiligt?*

Hans Beckers: Nein. Wir haben bereits mehrfach Praktikanten nicht nur aus unseren Reihen, sondern auch aus der Justiz und Studenten in unser Team aufgenommen. Wir hatten sogar die Möglichkeit, unmittelbar die Wirkung des Lehrgangs zu sehen. Zwei meiner Mitarbeiter gehörten vor und nach dem Lehrgang zu meiner Dienststelle. Angefangen beim Tatortbefundbericht bis hin zu vielen anderen Bearbeitungsvorgängen konnte ich positive Veränderungen feststellen. Grundsätzlich haben natürlich viele Kolleginnen und Kollegen, die den Lehrgang besucht haben und vermutlich besuchen werden, schon zahlreiche Erfahrungen in der kriminalistischen Sachbearbeitung gesammelt. Doch zur Vermittlung eines breiten Spektrums der polizeilichen Arbeit in diesem Bereich halte ich den Lehrgang für unverzichtbar.

*Jasmin Dunkhorst: Alle Kommissariatsleiter beklagen doch die hohe Vorgangsbelastung und die Personal-*



*knappeit. Wenn die Kolleginnen und Kollegen dann aber für insgesamt fast 6 Monate auf einem Lehrgang sind, fehlen die doch an allen Ecken und Enden.*

Hans Beckers: Das ist richtig, doch sollte man langfristig denken. Auch wenn die Kolleginnen und Kollegen für diesen Zeitraum fehlen, denn mittlerweile absolvieren sie ja die Praxisphasen richtigerweise in anderen Dienststellen, lohnt sich das letztlich für alle. Besonders wichtig finde ich das Praktikum in einer K-Wache, weil zum Beispiel die unaufschiebbaren Maßnahmen, wie die Todesermittlungen, kennen gelernt werden.

*Jasmin Dunkhorst: Herr Dreisewerd, Sie haben ja gut zu tun. Wie ist es Ihnen denn bisher hier ergangen?*

Markus Dreisewerd: Vom ersten Tag an bin ich hier sehr positiv aufgenommen worden. Ich bin sofort in die Arbeit eingestiegen, direkt am ersten Tag konnte ich eine Vernehmung durchführen und wir haben mehrere Tatorte aufgenommen. Das ist schon sehr spannend, da passieren oftmals Dinge, mit denen man nicht gerechnet hat.

*Jasmin Dunkhorst: Wir beurteilen denn die Kollegen in Ihrer Praktikumsdienststelle den Lehrgang und die Aufgaben der Betreuung, die ja für Sie zu übernehmen sind?*

Markus Dreisewerd: Hier wird ein sehr offener und positiver Umgang gepflegt. Die Kontakte sind gut. Einige Kollegen kennen das Verfahren ja. Zum einen konnte ich direkt selbstständig arbeiten, zum anderen ist man aber auch immer hilfsbereit und ist für sämtliche Fragestellungen ansprechbar.



## Gespräch vor Ort mit LdsKD Rolf Behrendt und MR Dirk Weinspach

Eine Gemeinschaftsveranstaltung zu Aufgaben und Zielen der „Operativen Fallanalyse“ nutzten LdsKD Rolf Behrendt (Ref. 42) und MR Dirk Weinspach (Ref. 46) aus dem Innenministerium NRW zu einem Besuch bei den Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmern des Lehrgangs „Einführungsfortbildung für die kriminalfachlichen Ermittlungsdienste“. Fachbereichsleiter Dieter Kretzer unterstrich in seiner Begrüßung die Bedeutung dieser Veranstaltungsreihe für eine praxisorientierte und am wirklichen Bedarf der Dienststellen in den Behörden, der Staatsanwaltschaft sowie der Gerichte ausgerichtete kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung. Mit dem Hinweis auf das besondere Interesse des Innenministeriums an ständigen Rückmeldungen zur Entwicklung der Lehrgänge auch aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eröffnete LdsKD Behrendt die Gesprächsrunde und bat um einen offenen Dialog zu Erfahrungen – auch zu der eingeführten Lernzielkontrolle. Zu Fragen der Zielsetzung der „Einführungsfortbildung“ stellte Behrendt fest, dass es ein Gebot der Fürsorgepflicht sei, eine Grundbefähigung für eine qualitativ gute Kriminalitätssachbearbeitung zu vermitteln. Eine spezialisierte Fortbildung müsse dieser Grundlage verwendungsabhängig folgen. Er sprach sich vor dem Hintergrund der derzeit geringen Einstellungszahlen gegen eine „Y“-Ausbildung (fachlich getrennt) an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung sowie für eine einheitliche Polizei mit unterschiedlichen Anforderungsprofilen aus.

Der Landeskriminaldirektor stimmte dem vielfach geäußerten Wunsch nach einer möglichst frühen, der Verwendungsentscheidung folgenden Teilnahmemöglichkeit an der „Einführungsfortbildung“ in vollem Umfang zu. Der schnelle Gewinn der Handlungssicherheit in der Sachbearbeitung sei auch das Ziel des Innenministeriums, um von der Zufälligkeit einer Einweisung in den Dienststellen weg zu kommen. Im Hinblick auf die Frage nach dem Beginn der Spezialisierung im Anschluss an die Fachhochschule sprach sich MR Weinspach für eine starke Verzahnung von Aus- und Fortbildung und eine möglichst zeitnahe Spezialisierung aus, um sich abzeichnende Engpässe und Probleme in der Sachbearbeitung auffangen zu können. Insgesamt ließen die Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer in ihren Statements keinen Zweifel, dass ihnen der Lehrgang bisher sehr viel gebracht habe. Insbesondere das Thema Vernehmungen sei besonders wichtig. Die Lernerfolgskontrolle am Ende der Veranstaltungsreihe, so stellten MR Weinspach und LdsKD Behrendt anschließend fest, erhöhe die Motivation und Verbindlichkeit des Lehrgangs und habe keinen selektiven Charakter. Übrigens – dieses Instrument wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern grundsätzlich nicht in Frage gestellt!



**Jasmin Dunkhorst: Haben Sie denn auch schon Kontakt mit Ihrer „eigentlichen“ Dienststelle aufgenommen?**

Markus Dreisewerd: Ja. Dort werde ich ab April 2007 meine Arbeit aufnehmen. Davor liegen aber noch zwei Module „Ermittlungen“ und noch ein Praxismodul in der KWache.

Auch in den weiteren Modulen werden wir den Lehrgangsteilnehmern Besuche abstellen. Unter anderem steht im Rahmen des zweiten Moduls „Ermittlungen“ auch eine Veranstaltung in der Rechtsmedizin in Köln an. Es bleibt also weiter spannend ...

**Praxisbesuch in Meschede**

Ebenso spannend war dann auch der Praxisbesuch bei der Lehrgangsteilnehmerin Ilka zur Nieden aus der Lehrgangsgruppe A im KK 21 der PI West in Meschede. Wie die Einbindung von Praktikanten in die kriminalistische Sachbearbeitung im Hochsauerlandkreis aussieht, erklärten uns die Kommissariatsleiterin Marie Luise Rohrich und Ilka zur Niedens Praxisbetreuer Ludger Stentenbach.

Marie Luise Rohrich: Ich vertrete zurzeit den Leiter des KK 21, bin selbst Leiterin

des KK 11, Ilkas zukünftiger Dienststelle. Jetzt im KK 21 lernt Ilka viele Facetten des Regionalkommissariats kennen: Vermögensdelikte, Raub und Falschgelddelikte sowie Konkursverfahren. Zukünftig wird sie die Delikte gegen das Leben, Todesermittlungen, Rauschgift und Umweltdelikte bearbeiten. Hier fehlt sie natürlich während ihres Lehrganges, aber ich halte viel von der Fortbildung, so dass wir letztlich davon profitieren werden. Bei der Betrachtung der Lerninhalte war ich schon beeindruckt.

**Jasmin Dunkhorst: Welche Erfahrungen haben Sie denn bisher mit der neuen Lehrgangskonzeption gemacht?**

Marie Luise Rohrich: Wir haben in unserer Behörde schon immer sehr auf die umfangreiche Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen geachtet. In der Vergangenheit haben wir bereits nach dem so genannten „Arnsberger Modell“ gearbeitet. Ich selbst habe damals die Entwürfe mit konzipiert. Rückblickend mussten wir aber feststellen, dass die Einarbeitungszeit in einer kleinen Behörde zu gering bemessen war. Hospitationen bei der Staatsanwaltschaft, bei GS, in der Leitstelle usw. sowie die Vermittlung theoretischer Inhalte brauchen

schon Zeit. Wir buchen deshalb nach der Basisvermittlung weitere Speziallehrgänge und betreuen die „Neuen“ dabei weiter.

**Jasmin Dunkhorst: Wie war Ihr erster Arbeitstag in diesem Kommissariat?**

Ilka zur Nieden: Das war sofort der berühmte Sprung ins kalte Wasser: Vernehmung, Durchsuchung, Finanzermittlungen, das ganze schon sehr eigenständig und sofort in der Gruppe integriert. Insgesamt hat man in diesem Bereich schon sehr viel Fahrerei, der Hochsauerlandkreis ist so groß wie das Saarland, da verbringt man schon mal viel Zeit im Auto und muss seinen Dienst dementsprechend planen. Der erste Arbeitstag endete mit einem Sondereinsatz, drei Festgenommenen und zahlreichen körperlichen Durchsuchungen. Der Einsatz fand nämlich in einem Bordell statt, was das für eine von ganz wenigen Frauen im Kommissariat bedeutet, kann man sich ja vorstellen...

**Jasmin Dunkhorst: Konnten Sie bisher Lerninhalte der Einführungsfortbildung anwenden?**

Ilka zur Nieden: Gerade die erlernten und geübten Berichtstechniken haben mir doch sehr geholfen und ich hatte viele Formulierungshilfen im Kopf. Zudem binden sich hier alle Kolleginnen und Kollegen mit ein. Ich kann hier viel Erfahrung sammeln. Ich bin hier auch nicht als Praktikantin eingesetzt, sondern als zukünftige Mitarbeiterin. Die Trennung der Kommissariate 11 und 21 ist kaum zu spüren, hier hat jeder einen direkten Draht zum nächsten und der Informationsfluss ist dementsprechend gut. So bin ich auch gut auf die Lernerfolgskontrollen des Lehrgangs vorbereitet.



**Jasmin Dunkhorst: Die Lernerfolgskontrollen sind ja in der jetzigen Form schon etwas ungewohnt, ebenso die Beurteilungen durch die Kommissariatsleitungen und Praxisbetreuer. Wie gehen Sie damit um?**

Ilka zur Nieden: Ich glaube, dass es für uns „Neulinge“ in der kriminalistischen Sachbearbeitung auch Vorteile hat. Vielleicht fallen uns einige Aufgaben innerhalb der Lernerfolgskontrollen leichter, weil wir solche Sachen noch nie gemacht haben. Der „Praktiker“ hat oftmals einen Dreizeiler geschrieben und die Staatsanwaltschaft angerufen. Wir schreiben viele Dinge vielleicht deshalb noch umfangreicher.

Letztlich weiß man ja, was einen erwartet, wenn man sich auf eine Stelle im Kommissariat bewirbt. Bereits in der Ausschreibung unserer Behörde wird auf die Teilnahme am Lehrgang hingewiesen. Mittlerweile bewerben sich, vielleicht auch deshalb, viele Lebensjüngere auf solche Stellen. Der Altersdurchschnitt zurzeit liegt allerdings noch bei circa 49 Jahren.

Die Praxisbetreuer werden durch eine eintägige Veranstaltung des IAF NRW in ihre Aufgaben eingewiesen. Ebenso wie die Kommissariatsleitungen erhalten die Praxisbetreuer Unterlagen für die Beurteilung ihrer Praktikanten. In einem Anforderungskatalog für die Praxisphasen werden die Kompetenzmerkmale und Beurteilungsmerkmale für bestimmte Leistungskontrollen aufgeführt, beschrieben und für den Lehrgangsteilnehmer abgefragt. Herr Stentenbach, bereits „Tutor im Arnsberger Modell“, betreut regelmäßig Praktikanten.

**Jasmin Dunkhorst: Was erwartet eine Praktikantin wie Frau zur Nieden in ihrer Behörde?**



Ludger Stentenbach: Wir können einen Arbeitsplatz permanent für Praktikanten vorhalten. Das ist ein großer Vorteil, so kann tatsächlich auch mitgearbeitet und nicht nur beobachtet werden. Wir haben häufig Praktikanten, darunter auch Rechtsreferendare aus dem ganzen Bundesgebiet. Ein weiterer Vorteil einer relativ kleinen Behörde ist aus meiner Sicht der enge und gute Kontakt mit der Staatsanwaltschaft. Ilka konnte ihre zuständige Staatsanwaltschaft direkt kennen lernen, das erleichtert viel.

**Jasmin Dunkhorst: Wie sehen Sie ihre Aufgabe als Praxisbetreuer?**

Ludger Stentenbach: Ich bin als „Tutor“ bzw. jetzt als Praxisbetreuer regelmäßig eingesetzt. Ich selbst habe den Lehrgang noch nach alter Art absolviert und habe diese Fortbildung schätzen gelernt. Die

Einführungsfortbildung neuer Art erscheint mir noch spezieller, dabei muss man die Praktikanten unterstützen. Ich würde für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Einführungsfortbildung für das erste Praktikum ein Kommissariat vorsehen, das Massenkriminalität bearbeitet, um eine entsprechende Basis zu schaffen. Das ist nicht in jeder Behörde so, ist aber bei absoluten Neueinsteigern sinnvoll. Letztlich trägt man natürlich auch Verantwortung dafür, dass die Kolleginnen und Kollegen gut eingearbeitet werden und engagiert an ihre neuen Aufgaben herangehen.

Da für das nächste Praxismodul der Dienst in einer K-Wache vorgesehen ist und in Meschede nicht absolviert werden kann, werden wir Ilka zur Nieden beim nächsten „Praxistest“ im Polizeipräsidium in Dortmund besuchen.

*Jasmin Dunkhorst, IAF NRW*

<b>TOP-Finanzierung</b> www.top-finanz.de		<b>Nur das Beste für Sie:</b> Auswahl aus dem gesamten Darlehensprogramm für jeden Zweck – auch zur Ablöse teurer Kredite/überzogenem Konto
→ <b>Beamten-Darlehen</b> und <b>Angestelltendarlehen</b> mit garantiertem Festzins		12 Jahre 5,37% effektiver Jahreszins 5,99% 20 Jahre 5,95% effektiver Jahreszins 6,49%
Beispiele für 32-jährige Beamtin – 20 Jahre Laufzeit – jew. inklusiv Lebensvers.-Beitrag:		
15 000,- € mtl. 135,81 €	25 000,- € mtl. 225,34 €	40 000,- € mtl. 359,64 €
Ob LV-Darlehen, langfr. Ratenkredite, Baufinanzierungen oder Sofort-Darlehen – fordern Sie Ihr kostenfreies TOP-Angebot!		
„Superzins ab 1,95%“ nominal – effektiver Jahreszins ab 2,56% ab Zuteilung eines neuen Bausparvertrages		
Andreas Wendholt Kapital- und Anlagevermittlung Prälat-Höing-Straße 19 46325 Borken		TEL.-Nulltarif: 0800-331 0 332 Telefax: (0 28 62) 36 04 E-Mail: info@top-finanz.de



# Verkehrsunfall- statistik 2006

## *Zahl der Verkehrstoten sinkt auf historischen Tiefstand, neue Strategie zur VU-Bekämpfung wirkt*

*Am 13. Februar 2007 stellte Innenminister Dr. Ingo Wolf in Düsseldorf die Verkehrsunfallstatistik 2006 vor. Die Straßen in Nordrhein-Westfalen sind demnach ein Stück sicherer geworden. Weniger Unfälle, weniger verletzte Menschen. Beeindruckend ist vor allem die Zahl von 728 Verkehrsunfalltoten. Das ist der niedrigste Stand seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1953.*

Der signifikante Rückgang um 16 Prozent (-139 Getötete) fällt mehr als doppelt so hoch aus wie der bundesweite durchschnittliche Rückgang von 7%. Nordrhein-Westfalen liegt mit dem niedrigsten Wert (4,0) der Getötetenzahlen pro 100.000 Einwohner im Vergleich aller Flächenländer auf Platz eins in Deutschland (siehe Grafiken 1a und 1b).

Dies ist ein deutliches Zeichen, dass die neue Fachstrategie zur Verkehrsunfallbekämpfung ihre gewünschte Wirkung entfaltet. Die verstärkten Kontrollen der Polizei zur Bekämpfung der Hauptunfallursache „Geschwindigkeit“ und das konsequente Vorgehen gegen Verstöße im Zusammenhang mit Alkohol/Drogen und nichtangelegtem Sicherheitsgurt haben dazu beigetragen, die Unfälle mit schwersten Folgen deutlich zu reduzieren (siehe Grafik 2).

Gemäß den Erfolgsfaktoren zur Fachstrategie „Verkehrsunfallbekämpfung“ legte die Polizei Nordrhein-Westfalen ihren Schwerpunkt auf Geschwindigkeitskontrollen. Dabei soll das aufklärende Gespräch mit dem Verkehrsteilnehmer gesucht werden. Informieren und Überzeugen sind die wesentlichen Merkmale,

die qualitativ hochwertige Polizeiarbeit ausmachen (siehe Grafik 3).

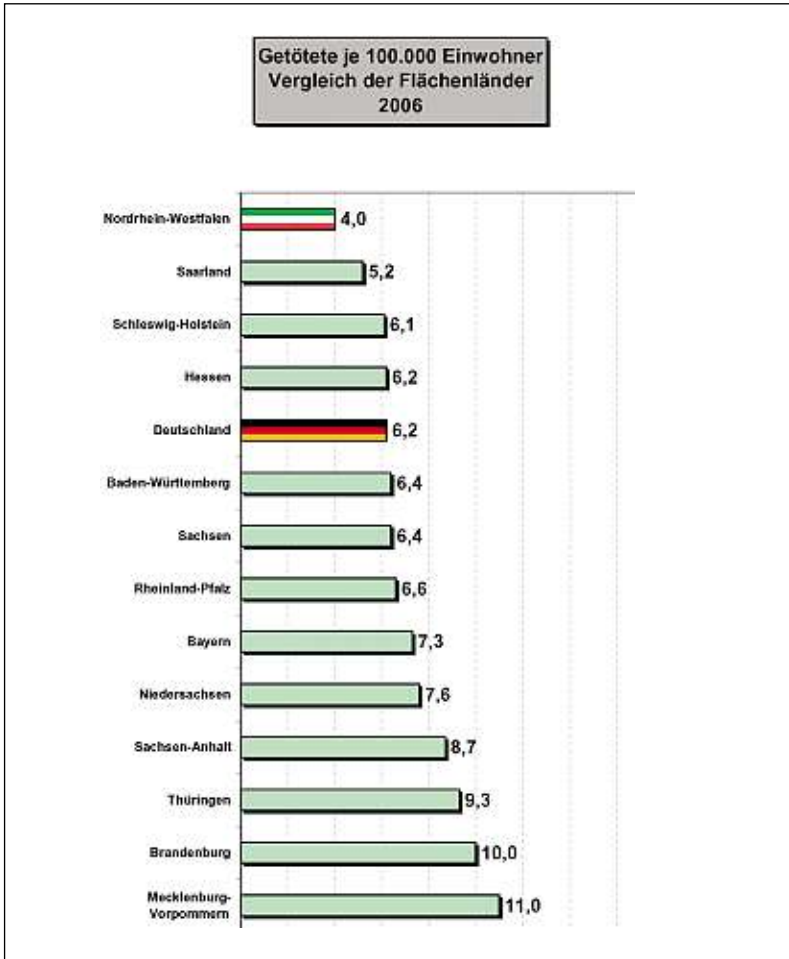
Die insgesamt positive Entwicklung zeigt sich auch bei den Unfällen mit Kindern, obwohl ein Drittel aller getöteten Kinder im Auto Mitfahrer waren. Bei konsequent vorschrittmäßiger Sicherung der Kinder im Fahrzeug ließen sich die Unfallfolgen weiter abmildern.

An dem Modellversuch „Begleitetes Fahren ab 17“ haben im Jahr 2006 rund 55.000 junge Menschen teilgenommen. Vor dem Hintergrund, dass durch die Teilnehmer lediglich 40 Unfälle verursacht worden sind, wurde der bisherige Verlauf als Erfolg gewertet.

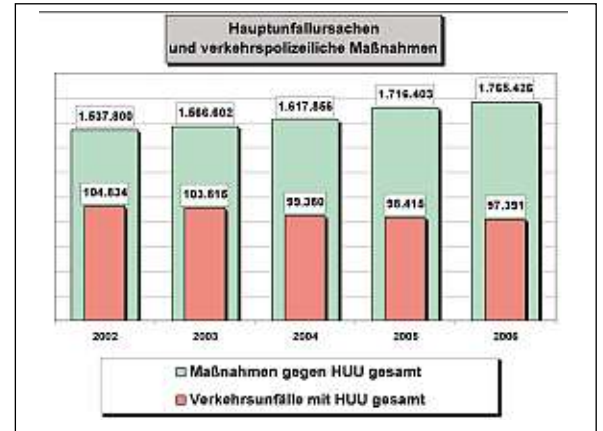
Der überproportionale Anteil am Verkehrsunfallgeschehen von 15 % bei „Jungen Fahrern“ (18- bis 24-Jährige), deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lediglich 8 % ausmacht, gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Insgesamt starben 121 junge Menschen im Jahr 2006 bei Verkehrsunfällen auf nordrhein-westfälischen Straßen (siehe Grafik 4).

Die Fachstrategie „Verkehrsunfallbekämpfung“ wird fortgesetzt. Dabei sollen schwerpunktmäßige Kontrollen im Be-

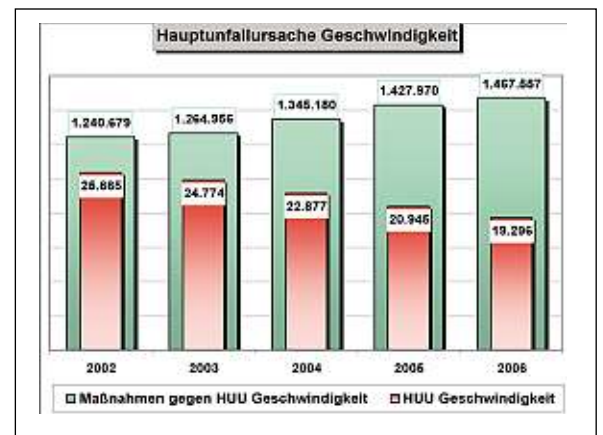




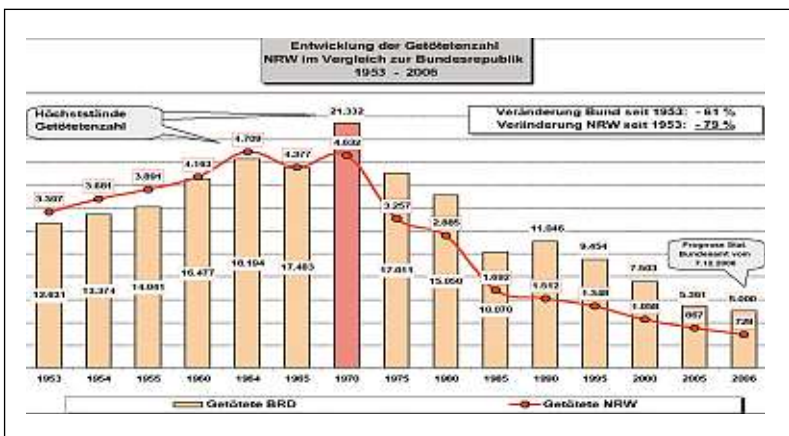
Grafik 1a



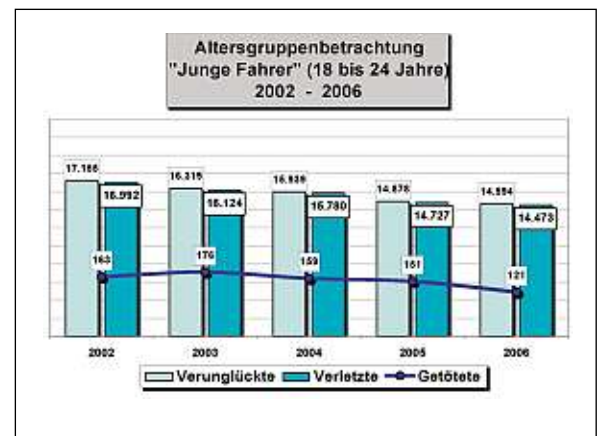
Grafik 02



Grafik 3



Grafik 1b



Grafik 4

reich der Geschwindigkeitsverstöße, Alkohol- und Drogenmissbrauch sowie Kontrollen zur richtigen Nutzung der Sicherheitsgurte wesentlich zur Realisierung des Zieles der Landesregierung beitragen, die

Anzahl der Verkehrsunfalltoten bis zum Jahr 2015 zu halbieren.  
Hinweis für die nordrhein-westfälischen Polizeibeamtinnen und -beamte: Die Verkehrsunfallstatistik finden Sie im

Intranet unter: <http://www1.polizei-nrw.de/iaf-intra/beratung-unterstuetzung-sonderdienstleistungen/verkehrssicherheit-1/verkehrsdaten>.

# Verkehrsgerechtstag 2007

## Schärfere Kontrollen sollen Raser bremsen



**Ein härteres Vorgehen gegen rücksichtsloses und risikoreiches Verhalten empfiehlt der Deutsche Verkehrsgerechtstag 2007, aber keine strengeren Gesetze: Schwere Verstöße gegen die Hauptunfallursachen sollen durch die Polizei verstärkt überwacht und mit höheren Bußgeldern sanktioniert werden.**

Glaubt man den rund 1.500 Experten des diesjährigen Verkehrsgerechtigstages, wird auf deutschen Straßen das Verhalten der Autofahrer noch immer zu wenig überwacht. „Wo keine Kontrolle ist, nutzt auch keine Geschwindigkeitsbegrenzung“, sagte der Verkehrsgerechtigstagspräsident, Prof. Dr. Friedrich Dencker.

### Rasen soll Führerschein kosten

„Sport und das Ausleben von Machtgelüsten gehören nicht auf die Straße!“ betonte der Gerechtigstagspräsident. Dencker forderte eine gesetzliche Regelung, um demjenigen „sofort die Fahrerlaubnis zu entziehen“, der vorhandene Tempolimits oder die Mindestabstände „maßlos“ missachte, das heißt z. B. mit über 200 km/h eine normale zweispurige Landstraße befahre oder mit Tempo 80 bis 90 in einer Tempo-30-Zone im Wohngebiet unterwegs sei. Solche „Fallbeispiele zum Rasen“ können nach geltendem Recht erst in der Summe „über Flensburg“ oder als Einmalverfehlung dann zur Fahrerlaubnisentziehung

führen, wenn es sich um eine Straftat handelt. Auch die einmalige Ordnungswidrigkeit in bestimmten Kategorien, etwa die vorsätzliche Überschreitung einer zusätzlichen Höchstgeschwindigkeit um 100 % oder mehr, sollte nach Denckers Vorstellungen künftig ausreichen, den Führerschein sofort abgeben zu müssen. Der Strafrechtsprofessor von der Uni Münster begründete dies damit, dass es vielfach eine Frage des Zufalls sei, ob es bei den „sieben Todsünden im Straßenverkehr“ im Sinne des § 315c Abs. 1 Nr. 2 StGB im Einzelfall zu einer konkreten Gefahr komme. Bereits im Vorfeld „solche Fahrer aus dem Verkehr zu ziehen, wäre ein Plus für die Verkehrssicherheit“, resümierte Dencker.



### Kein Freibrief mehr für Verkehrssünder aus dem Ausland

Bundesjustizministerin Brigitte Zypries teilte mit, dass der so genannte „Ordnungswidrigkeitenbeschluss“ der EU-Kommission gegenwärtig durch das „Europäische Geldsanktionsgesetz“ in deutsches Recht umgesetzt wird. Eine Geldstrafe oder Geldbuße, die in einem Mitgliedstaat rechtskräftig verhängt worden ist, muss künftig auch von anderen Staaten anerkannt und vollstreckt werden. Hierbei geht es nicht um Bagatelverstöße wie Falschparken, sondern um Sanktionen über 70 Euro. Profitieren soll hiervon die Verkehrssicherheit. Zypries ist sich sicher: „Es wird sich herumsprechen, dass ein ausländisches Kennzeichen künftig kein Freibrief mehr ist, um etwa auf deutschen Straßen zu rasen“. Doch auch hier gilt: Gegenseitige Anerkennung ist keine Einbahnstraße. Auch deutsche Autofahrer müssen die Verkehrsregeln im EU-Ausland künftig noch genauer beachten, denn sie können nicht mehr darauf hoffen, dass Verstöße folgenlos bleiben.

### Ende des Führerscheintourismus

Der Erwerb einer ausländischen Fahrerlaubnis ohne den europarechtlich verbindlichen Aufenthaltsstatus im Fremdstaat stellt, wie der Präsident der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaft, Kay Nehm, ausführte, „keinen cleveren Rechtsgebrauch, sondern einen Verstoß gegen geltendes Recht dar“. Bislang sei aber ersichtlich „noch kein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Länder angestrengt worden, die dem Vernehmen nach aus dieser illegalen Praxis bewusst Gewinn ziehen“, kritisierte der frühere Generalbundesanwalt. Justizministerin Zypries will mit der dritten EU-Führerscheinrichtlinie dem Führerschein-

tourismus jetzt einen Riegel vorschieben. Die Bundesregierung beabsichtige, die neue Richtlinie noch in diesem Jahr umzusetzen. In Zukunft darf dann kein Mitgliedstaat mehr einen Führerschein ausstellen für jemanden, dessen Fahrerlaubnis im Heimatland eingeschränkt, ausgesetzt oder entzogen worden ist. Und vor allem müssen bei diesen Personen in Deutschland künftig auch keine ausländischen Fahrerlaubnisse mehr anerkannt oder gegen eine deutsche Fahrerlaubnis umgetauscht werden.

### Überladene Lastwagen ramponieren Autobahnen

Noch zu seiner Amtszeit als Generalbundesanwalt hatte Kay Nehm beim vorigen Verkehrsgerichtstag dafür plädiert, die Nutzung der Maut-Daten zur Verfolgung schwerer Straftaten zuzulassen. Mittlerweile sei nun auch in datenschutz- und verfassungsrechtlicher Hinsicht die „Einsicht gewachsen, dass die Technologie über das bewährte ... Abrechnungswesen hinaus als hervorragendes und intelligentes Instrument der Verkehrlenkung zu nutzen“ ist. Und hierbei müsse kein skeptischer Bürger eine „lückenlose Überwachung seines Verkehrsverhaltens“ befürchten.

Auch auf dem Feld der Kontrolle überladener Lkw hat sich seit dem Vorjahr wenig verbessert. Der Ex-Generalbundesanwalt beklagte, dass die Autobahnen nach wie vor und zunehmend unter Überbeanspruchung durch den Fernlastverkehr litten und dies zu vorzeitigem Instandsetzungsbedarf sowie kilometerlangen Staus mit Unfällen durch Baustellen führe. Immerhin habe das Verkehrsministerium für 2007 die Einrichtung von vier Messstellen zur Wägung der Achslasten im fließenden Verkehr geplant. Jedoch hält Nehm die nach optischer Identifizie-



rung eines überladenen Lkw vorgesehene „manuelle“ Ausleitung und Kontrolle für ein Armutszugnis des Technologiestandorts Deutschland und „angesichts der Verkehrsdichte auf den Autobahnen schon aus Sicherheitsgründen“ für wenig praktikabel.

### Geschwindigkeitsmanagement statt Tempolimit

Überhöhte, nicht angepasste Geschwindigkeit ist die Hauptunfallursache für Unfälle mit Verletzten und Getöteten. In Deutschland sind dieser Ursache etwa ein Drittel aller Verkehrstoten zuzurechnen. Insbesondere auf Außerortsstraßen, wo gerast wird, ergeben sich oft schwere Unfallfolgen, da derartige Unfälle auf Grund ungeschützter Seitenräume oft an Bäumen enden. Rund zwei Drittel aller tödlichen Unfälle ereignen sich auf Landstraßen.

## Urlaub und Reisen

### Nordseebad St. Peter-Ording:

Gemütl. Ferienwohn. u. Reetdachhäuser  
bis zu 6 Pers., zentr., ruhige Lage, strandnah  
u. a. Preisw. „Pauschal-Angeb.“  
z. B. 1 Wo. Aufenth. m. tollen Nebenleistungen  
(z. B. Massage, Wellenbad)  
f. z. B. 2 Pers. ab 305 €. Tel. 0 48 63/49 33 41

### Bauernhof/Nähe St. P. Ording

Kühe, Kälber, Schafe, Pferde, Pony, Reiten möglich.  
Ruhige, idyll. Lage zur Nordsee (800 m).  
Gemütl. FeWos für 2–6 Pers. od. Gruppen.  
Frühstück m. Panoramabl., Sauna, Hausprospekt!  
Tel. 0 48 62/85 41, Fax 10 30 84  
www.rickerts.de, rickerts@t-online.de

### Arbergebiet-Arnbruck

3 gepflegte komf. \*\*\*\*FeWos in ruh. sonniger Wald-  
randlage, ideal zum Jagen, Wandern oder spazieren  
gehen. Ob Jung ob Alt ob Geniesser oder Aktiver, in  
Arnbruck und Umgebung wird für jeden was geboten.  
Tel. 0 99 45/90 52 07, www.Paul-Lore.de



In Deutschland wird nach Einschätzung von Dipl.-Ing. Werner Köppel, Unfallforscher vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), oft argumentiert, dass die Beachtung der jeweils bestehenden Tempolimits eigentlich kein Problem sei, da repräsentativ nur in ein bis zwei Prozent der Unfälle mit Personenschaden diese Ursache eine Rolle spiele. Tatsächlich aber könne die Polizei bei der Unfallaufnahme vor Ort in der Regel gar nicht feststellen, ob der Unfall durch „nicht angepasste Geschwindigkeit“ oder durch „Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit“ verursacht wurde. Dazu wären Gutachten oder Unfalldatenschreiber notwendig.

Polizeidirektor Martin Mönninghoff von der Deutschen Hochschule der Polizei wies auf eine Studie des Europäischen Verkehrssicherheitsrates hin, nach der eine nur zwischen 3 und 5 km/h betragende Senkung der durchschnittlichen Fahrgeschwindigkeiten auf Europas Straßen bis zu 11.000 Menschenleben pro Jahr retten würde. Zwar seien die Autobahnen vergleichsweise sicher, doch seien auch zwei Drittel der Verkehrstoten auf Streckenabschnitten „ohne Begrenzungen“ zu beklagen.

Auch der Leiter „Verkehr“ des ADAC, Björn Dosch, betonte, der „Brennpunkt

des Unfallgeschehens“ liege in Deutschland auf den Landstraßen. Das fahrleistungsbezogene Risiko, im Verkehr getötet zu werden, liege „auf Autobahnen um den Faktor vier geringer als auf der Landstraße“.

Als Vertreter des Bundesverkehrsministeriums wies Andreas Marquardt darauf hin, dass es in Deutschland gegenwärtig auf 950 km der insgesamt 12.206 km Autobahnen ein temporäres Geschwindigkeitslimit durch interaktive Verkehrsbeeinflussungsanlagen gebe. Daneben bestehen an gefährlichen Abschnitten, stauanfälligen Strecken sowie an Baustellen Tempolimits durch konservative Beschilderung, so dass insgesamt bereits heute auf knapp 40% des deutschen Autobahnnetzes Geschwindigkeitsbegrenzungen gelten.

Universitäts-Professor Dr. Egon Stephan betonte, neben der persönlichen Verantwortung des Fahrers dürfe der Sicherheitshinweis einer Geschwindigkeitsbeschränkung für eine problematische Strecke als Signalcharakter nicht außer Acht gelassen werden. Im Übrigen bestehe immer eine „Interaktion zwischen dem formellen und dem informellen Normsystem“, die dazu führe, dass durch neue Vorgaben die „Verkehrsgemeinschaft in ihrem Fahrverhalten verändert“ werden

könne, um hierdurch die Sicherheit auf den Straßen zu erhöhen.

In der Schlussabstimmung sprach sich der Gerichtstag-Arbeitskreis mit knapper Mehrheit gegen die Einführung einer Geschwindigkeitsgrenze auf Autobahnen aus.

### **Bußgelderhöhung und Intensivierung der Kontrollen**

Als Vertreter des Bundesverkehrsministeriums berichtete Dr. Frank Albrecht, ein Sanktionsvergleich bei Verkehrsverstößen in Europa zeige, dass es keine Übertreibung sei, vom „Bußgeldparadies Deutschland“ zu sprechen. Beispielsweise gelte für Geschwindigkeitsverstöße in den Niederlanden knapp das Doppelte und in Schweden das bis zu Zehnfache der deutschen Sätze. Albrecht sah einen „unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zur Begehung von Rechtsverletzungen und dem Grad deren Ächtung“ in dem jeweiligen Staat. Zuletzt habe Frankreich eindrucksvoll gezeigt, wie man mit einem Gesamtpaket von erhöhten Sanktionen und verstärkter Überwachung einen Rückgang der Zahl der Unfalldoten in drei Jahren um 25% erreicht habe.

Der für die Sanktionen zuständige Arbeitskreis empfahl in seiner Entschließung dem Gesetzgeber, die Geldbußen für schwere Verkehrsverstöße, die Hauptunfallursachen darstellen (insbesondere Rotlicht-, Abstand-, deutliche Geschwindigkeitsverstöße sowie Alkohol- bzw. Drogenfahrten), zur spürbaren Verringerung der Unfallzahlen differenziert anzuhähen. Nötig seien hinreichend starke Überwachungsmaßnahmen und ein als wirksam empfundenes Sanktionsniveau. „Einer Mentalität, die Geldbußen bei Verkehrsverstößen bewusst einkalkuliert, muss entgegengewirkt werden“, heißt es in der Empfehlung. Eine durchgängige



Erhöhung aller Bußgeldsätze soll nicht erfolgen.

### **Alkohol am Steuer – mit Technik gegen die Sucht**

Nach wie vor ist Alkoholmissbrauch im Straßenverkehr eine der Hauptunfallursachen, wobei alkoholbedingte Unfälle in der Regel mit überdurchschnittlichen schweren Folgen verbunden sind. Die Technik bietet inzwischen Lösungen an, die verhindern sollen, dass sich alkoholisierte Autofahrer ans Steuer setzen. Ein Alkohol-Interlock, das ungefähr so aussieht wie ein Handy und am Armaturenbrett installiert ist, fordert nach Einschalten der Zündung den Fahrer zur Abgabe einer Atemprobe auf. Das Messer-

gebnis der Atemalkoholkonzentration entscheidet darüber, ob der Anlasser des Fahrzeugs freigeschaltet und der Motor gestartet werden kann. Durch Manipulationsversuche, wie zum Beispiel das Benutzen einer Luftpumpe oder eines Filters, soll das Gerät nicht zu überlisten sein.

Die Zündsperrn flächendeckend einzuführen, halten die Experten des Verkehrsgerichtstages für nicht verhältnismäßig. Ein freiwilliger Einbau, insbesondere bei gewerblicher Personen- oder (Gefahr-)Güterbeförderung würde jedoch begrüßt. Eine Fahrerlaubnisentziehung kann durch den Einbau eines Alkohol-Interlocks nicht ersetzt oder verkürzt werden, da sich die fehlende Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen auf die Per-



**Climatex Fleece-Shirt**  
mit POLIZEI- Stickerel,  
hergestellt aus atmungsaktivem  
Material.  
Größen S-4XL  
Nr. 5421 € 29,70



#### **Pfefferspray (Tierabwehrspray)**

MK3 - 50ml, 11x4cm  
Seit Jahren in den USA,  
Deutschland, Österreich usw.  
im Polizeieinsatz. Schnelle  
Wirkung. 100% natürlicher,  
organischer Wirkstoff.  
umweltfreundliches Treibmittel.

Best.-Nr. 4580 € 19,-



#### **GSG9 - 2. Modell**

Eine Weiterentwicklung des  
Klassikers GSG 9. Design und  
Technologie wurden durch  
moderne Verbesserungen er-  
gänzt. Bis zum Knöchelbereich  
wasserdicht.

Best.-Nr. 4613  
€ 159,-

Security-Katalog  
jetzt kostenlos  
anfordern



**ENFORCER®**  
PÜLZ GMBH

[www.enforcer.de](http://www.enforcer.de)  
Ubstadter Straße 36  
76698 Ubstadt-Weiher  
Telefon: 07251 / 96510  
Telefax: 07251 / 965114  
E-Mail: [info@enforcer.de](mailto:info@enforcer.de)  
Filiale Berlin: Rankestraße 14  
(Montag geschlossen)



son und nicht auf das Fahrzeug bezieht. Zur verbesserten Prävention erscheint vorstellbar, bei bereits auffällig gewordenen Fahrern nur eine beschränkte Fahrerlaubnis gemäß § 23 Abs. 2 FeV zu erteilen, die lediglich zum Führen von Kraftfahrzeugen mit eingebautem Alkohol-Interlock berechtigt.

#### Unfallschwerpunkt Autobahnen

Das Durchfahren von Baustellen im Straßenraum zählt für viele Kraftfahrer zu den schwierigsten Fahraufgaben. Nach einer ADAC-Untersuchung ist das Risiko, in einer Baustelle zu verunglücken, bis zu viermal so hoch wie auf der freien Strecke. Etwa ein Drittel aller Staus wird durch Baustellen veranlasst. Da Baustellen und Staus mit besonderen Unfallrisiken einhergehen, stellt man ihnen, wie Joachim Majchereck vom Landesbetrieb Straßenbau NRW erläuterte, ein Anti-Stau-Konzept entgegen. Dies verzahnt Planung, Management und Kontrolle der Baustellen und verkürzt Bauzeiten. Wegen der hohen Geschwindigkeiten und Verkehrsdichte müsse die Absicherung des Stauendes auf Autobahnen „zum Standard gezählt“ und diese Pflicht – ähnlich der Signalregelung – den Bauunternehmen übertragen und in den Regelplan aufgenommen werden, erklärte der Straßenplaner.

#### Spurensuche mit dem Bordcomputer

Die zunehmende Ausstattung mit Fahrerassistenzsystemen und elektronischen Baugruppen wandelt moderne Fahrzeuge mehr und mehr in einen rollenden Computer. Die Regelsysteme besitzen Sensoren, die alle wesentlichen Zustandsdaten des Fahrzeugs ständig messen, auswerten und zu einem Teil in so genannte Fehlerspeicher ablegen, die bei Unfällen aufgrund von Bauteilstörungen aktiviert werden. Die dadurch erfolgende Speicherung von Geschwindigkeiten, Bremsverläufen, Beschleunigungen oder Airbagauslösung könnte zu Rückschlüssen auf die Fahrweise vor dem Unfall und damit zu einem hohen Beweiswert bei der Unfallanalyse führen.

Da die heutige Verkehrsunfallaufnahme dadurch geprägt ist, dass immer weniger sichtbare Spuren auf der Fahrbahn vorhanden sind, die den Unfallablauf zumindest teilweise erkennen lassen, hat POR Martin Münchhausen sich bei der Autobahnpolizei Köln in zunehmendem Maße mit Möglichkeiten der Nutzung digitaler Daten beschäftigt und bereits einige Erfolge erzielt. Allerdings stehen weder der Polizei noch den Sachverständigen ohne Mitwirkung der Hersteller Schnittstellen zur Auswertung der teilweise umfassenden Daten zur Verfügung.

In naher Zukunft werden sich noch weit- aus gravierendere Probleme ergeben: Hochkomplexe Fahrerassistenzsysteme übernehmen weitere Funktionen des Fahrers und machen es immer schwieriger, aufzuklären, wer den Unfall verursacht hat, Mensch oder Maschine. Deshalb fordert der Verkehrsgerichtstag u. a.,

- in der Betriebsanleitung des Kraftfahrzeugs darüber aufzuklären, welche relevanten Daten gespeichert werden und unter welchen Voraussetzungen die Speicherung erfolgt,
- eine Einwilligung des Fahrzeugeigentümers/Fahrers oder eine richterliche Anordnung für eine Datenauswertung zu beachten und
- den Serieneinbau eines Speichermoduls für unfallrelevante Daten („Unfallrekorder“), das die vorhandene Sensorik des Fahrzeugs nutzt und deshalb außerordentlich preiswert sein kann (unter 10 Euro in einfacher Ausführung), gesetzlich vorzuschreiben.

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag in Goslar ist ein Kongress von Verkehrsrechts- und Verkehrsexperten, der alljährlich von der Deutschen Akademie für Verkehrswissenschaft ausgerichtet wird und zu Fragen von aktueller und grundsätzlicher Bedeutung Stellung nimmt. Die von den Arbeitskreisen verabschiedeten Empfehlungen enthalten Anregungen und Forderungen gegenüber dem Gesetzgeber, der Verwaltung und der Justiz sowie gegenüber den Verkehrsteilnehmern und der Öffentlichkeit.

Die vollständigen Empfehlungen der Arbeitskreise des Deutschen Verkehrsgerichtstages 2007 können im Internet heruntergeladen werden unter: <http://www.deutsche-verkehrsakademie.de/pdf/2007/empfehlungen2007.pdf>

Peter Schlanstein,  
BR Arnberg



# Polizeigewerkschaft darf Polizeiwache nicht für Aktionen nutzen

**Karlsruhe/Düsseldorf (dpa/lnw)** – Polizeigewerkschaften dürfen die Polizeiwache nicht zur Durchsetzung ihrer politischen Forderungen nutzen. Das hat das Bundesverfassungsgericht im Zusammenhang mit einer landesweiten Unterschriftenaktion der nordrhein-westfälischen Gewerkschaft der Polizei entschieden. Dem Gericht zufolge hat das Düsseldorfer Innenministerium der Gewerkschaft zu Recht untersagt, seine Unterschriftenlisten in Polizeigebäuden auszulegen. (Az: 1 BvR 978/05, Beschluss vom 6. Februar 2007).

Das Land hatte sich darauf berufen, dass das Vertrauen in die staatliche Neutralität beeinträchtigt werden könne, wenn Diensträume für gewerkschaftliche Forderungen genutzt würden. In einem am Freitag veröffentlichten Beschluss gab eine Kammer des Ersten Senats dem Land Recht: Das staatliche Anliegen, jeden Anschein einer Unterstützung politisch motivierter Interessen zu vermeiden, setze den Rechten der Gewerkschaft Grenzen.

Die Gewerkschaft hatte im Herbst 2002 unter dem Motto «5000 Plus» in einem Flugblatt auf mehr als sieben Millionen geleistete Überstunden hingewiesen und die Einstellung von 5 000 Polizisten gefordert. Sie legte Flugblätter und Unterschriftenlisten im öffentlich zugänglichen Teil der Polizeiwachen im Land aus. Gegen ein Verbot des Innenministers zog die Gewerkschaft durch alle Instanzen bis zum Bundesarbeitsgericht – ohne Erfolg. Eine dagegen gerichtete Verfassungsbeschwerde nahmen die Karlsruher Richter nicht zur Entscheidung an.

**IPOMEX**  
■ international  
police meeting  
and exhibition ■

Besuchen Sie die Securetec AG  
auf der IPOMEX,  
**Halle Münsterland, Stand D2**  
17.–19. April, Münster

  
**SECURETEC**  
DETEKTIONS-SYSTEME AG

**Fordern Sie jetzt  
Ihre Gratisprobe an!**

**DRUGWIPE® 5+**  
zuverlässig • einfach • hygienisch



Zum Nachweis von:

Cannabis  
Amphetaminen  
(Ecstasy, Methamph.)  
Kokain  
Opiaten

**Ab sofort erhältlich: Verbesserter 5-fach-Schnelltest zum Nachweis von Drogen im Speichel mit integrierter Flüssigkeitsampulle für eine noch einfachere und sicherere Handhabung.**

Securetec Detektions-Systeme AG  
T +49 (89) 20 30 80 - 16 51 • eMail [info@securetec.net](mailto:info@securetec.net) • [www.securetec.net](http://www.securetec.net)

**we detect to protect**



# Ladungssicherung. Richtig. Wichtig.

## Teil 2, die Rechtsvorschriften

*Dieser 2. Serienbeitrag des IAF NRW informiert über die fachspezifischen Bestimmungen zur Ladungssicherung.*

Der Leiter der Autobahnmeisterei Dortmund zieht zum Jahresende 2006 Bilanz: „Stoßstangen, Sofas, Toilettenhäuschen, ein Trabi oder ein Modellflugzeug – wir haben schon alles gefunden und entsorgt. Der Verkehrswarnfunk warnt vor den unbekanntem Objekten. Die meisten Fundstücke sind so genannte Ladungsverluste. Sie purzelten von schlecht gesicherten Lkw und werden auf der Bahn zu gefährlichen Hindernissen.“

Ein großer Teil der im Verkehr befindlichen Fahrzeuge verfügt derzeit noch nicht über die empfohlenen Einrichtungen zur Ladungssicherung und muss in geeigneter Weise angepasst werden. Auf Grund der Bedeutung der Ladungssicherung für die Sicherheit im Straßenverkehr ist zusätzlich eine Qualifikation des verantwortlichen Personals, insbesondere des Lkw-Fahrpersonals und des Verladepersonals erforderlich.

Dabei hat der Arbeitgeber gemäß § 12 (1) ArbSchG die Pflicht, die Beschäftigten über Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit während ihrer Ar-

beitszeit ausreichend und angemessen zu unterweisen.

Zwischen einzelnen Güterkraftverkehrsarten sowie gewerblichen und privaten Fahrten ist aus Sicht der Ladungssicherung grundsätzlich nicht zu unterscheiden.

Noch nicht hinreichend bekannt ist, dass nicht nur Fahrzeugführer für eine ordnungsgemäße Verstaung der Ladung sondern alle am Prozess Beteiligten verantwortlich sind. Jeder Verantwortliche kann zum Betroffenen im Ordnungswidrigkeiten- bzw. zum Beschuldigten im Strafverfahren werden.



In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass Unwissenheit nicht vor Strafe schützt!

### **Gesetze und sonstige Vorschriften für die Ladungssicherung**

- § 222 StGB – Fahrlässige Tötung
- § 229 StGB – Fahrlässige Körperverletzung
- § 315b StGB – Gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr
- § 22 (1) StVO – Ladung
- § 23 (1) StVO – Sonstige Pflichten des Fahrzeugführers
- § 30 (1) StVZO – Beschaffenheit der Fahrzeuge
- § 31 (2) StVZO – Verantwortung für den Betrieb der Fahrzeuge
- § 9 (12) GGVE – Pflichten
- § 9 (13) GGVE – Pflichten
- § 130 (1) OWiG – Verletzung der Aufsichtspflicht im Unternehmen
- § 22 (1) BGV D 29 – Fahrzeugaufbauten
- § 37 (4) BGV D 29 – Be- und Entladen
- § 412 (1) HGB – Verladen und Entladen
- § 5 (1) S. VBGL – Verladen und Entladen
- § 823 BGB – Schadensersatzpflicht
- Artikel 17 des CMR – Haftung des Frachtführers
- CTU-Packrichtlinien

### **Kurzkomentar zu § 22 StVO**

Der Gesetzgeber hat den Adressaten nicht ausdrücklich benannt. Nach der derzeit herrschenden Rechtsprechung ist sowohl der Fahrzeugführer, wenn er beim Beladevorgang anwesend war oder selbst beladen hat, als auch der Verloader verantwortlich. Des Weiteren führt er sehr deutlich aus, dass die Ladung auch in verkehrstypischen Extremsituationen wie z.B. Vollbremsungen sowie plötzliche Ausweichbewegungen u.a. gegen Verrutschen gesichert sein muss.

## **Infos zu IAF-Serie „Ladungssicherung. Richtig. Wichtig.“**

Meldungen dieser Art hören wir täglich: „Achtung Autofahrer! Auf der A 44, zwischen Witten-Stockum und Witten-Zentrum besteht Gefahr durch Gegenstände auf der Fahrbahn!“ In der Regel ist die Autobahnpolizei bereits eingesetzt und beseitigt die Gefahrenstelle, soweit es nicht schon zu einem Verkehrsunfall gekommen ist. Die Transport-Abteilung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) bilanziert zudem immer wieder Erschreckendes: Bei 70 % aller kontrollierten

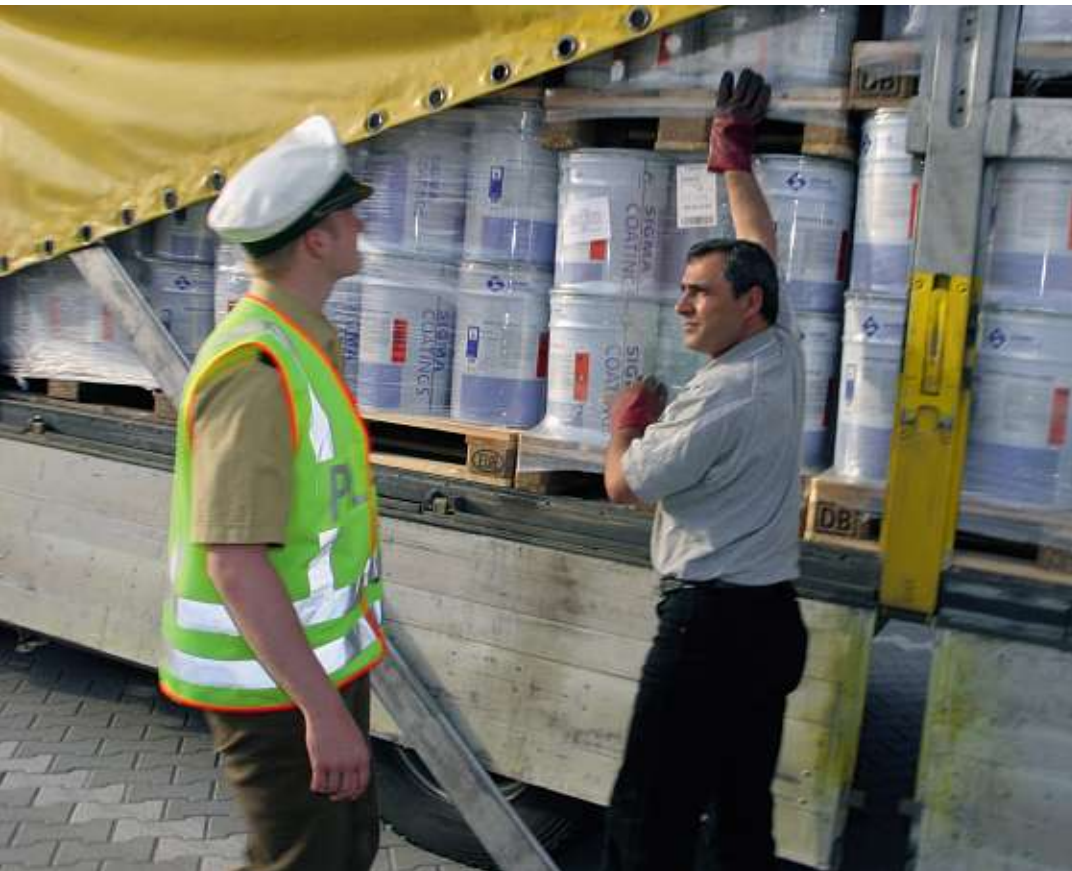


Fahrzeuge war die Ladung nicht oder zumindest nicht ausreichend gesichert. Die tödliche Gefahr, in der sich die Fahrzeugführer und andere Verkehrsteilnehmer befinden, wurde oftmals verkannt, ebenso wie die straf- und haftungsrechtlichen Folgen.

Die Innenministerien und Innensenate der Länder haben deshalb länderübergreifende Kontrollaktionen für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr vereinbart. Gleichzeitig werden auch in den anderen Mitgliedsstaaten der EU Kontrollen durchgeführt. Die abgestimmte Vorgehensweise dokumentiert den hohen Stellenwert der Sonderverkehrskontrollen. Im Weißbuch (2001) und im europäischen Aktionsprogramm (2003) positioniert sich die Europäische Kommission eindeutig: Die Halbierung der Zahl der Getöteten im Straßenverkehr soll europaweit innerhalb von zehn Jahren durch ein Maßnahmenbündel erreicht werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Kontrollintensität des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs wesentlich erhöht werden – in ersten Überlegungen sogar bis um das 10-fache.

Sicherlich ist dies im Kontext mit vielen anderen Maßnahmen zu sehen. Somit passt die Kontrolle des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs auch in die Rubrik der Kontrolle von Alkohol, Geschwindigkeit und Gurt (Hinweis: „NRW mit Gurt“). Die Ladungssicherung auf Straßenfahrzeugen ist bei der Kontrolle der Sonderverkehre ein Schwerpunktbereich polizeilichen Handelns geworden. Die neue Serie „Ladungssicherung. Richtig. Wichtig.“ soll über die neuesten Vorschriften und Verfahrensweisen informieren, um eine Kontrolle in der täglichen Praxis zu vereinfachen, damit es letztlich zu weniger häufigen „Verlustmeldungen“ kommt.

Kontakt: Holger Lemmer, IAF NRW, Bildungszentrum Neuss, Fachbereich 4, Tel.: 0 21 31/17 51 95 oder per Mail [holger.lemmer@polizei.nrw.de](mailto:holger.lemmer@polizei.nrw.de)



Der Bund-Länder-Fach-Ausschuss StVO/OWi stellte bereits in seiner Sitzung I/2005 am 16./17. 2. 2005 in Freiburg sinn- gemäß fest, dass der neue Text des § 22 StVO gegenüber seiner alten Fassung kein neues materielles (inhaltliches) Recht ist; vielmehr wurde er aus Gründen der Rechtssicherheit weiter konkretisiert.

In Abgrenzung zum § 22 StVO ist der Fahrer für eine nicht ordnungsgemäße Ladungssicherung nach § 23 StVO verantwortlich, wenn er bei der Beladung nicht anwesend war. § 23 StVO ist dabei lediglich ein Auffangtatbestand und findet keine Anwendung, wenn der Fahrer bereits nach § 22 StVO verantwortlich ist.

#### **Kurzkomentar zu § 9 (12) und (13) GGvSE**

Auch beim Transport von gefährlichen Gütern im Straßenverkehr sind selbstverständlich Fahrzeugführer, Verloader und Fahrzeughalter verantwortlich für die Ladungssicherung.

Die einschlägigen Vorschriften für die Ladungssicherung von gefährlichen Gütern lassen sich auch im ADR 2007 im Kapitel 7.5 wiederfinden.

#### **Auszug wichtiger Vorschriften für die Ladungssicherung i. S. d. ADR 2007**

##### **7.5.1 (Bemerkung):**

Im Sinne dieses Abschnittes gilt das Aufsetzen eines Containers, eines Schüttgut-Containers, eines Tankcontainers oder eines ortsbeweglichen Tanks auf ein Fahrzeug als Beladen und das Absetzen als Entladen.

##### **7.5.1.1 und 7.5.1.2:**

Erweiterung der Kontrollbestimmungen.

##### **7.5.1.3.**

Ergänzung: Vor dem Beladen muss das Fahrzeug oder der Container von innen und außen untersucht werden, um sicherzustellen, dass keine Beschädigungen vorliegen, welche die Unversehrtheit des

Fahrzeugs oder Containers oder der zu verladenen Versandstücke beeinträchtigen könnten.

##### **7.5.1.5**

Wenn Ausrichtungspfeile vorgeschrieben sind, müssen die Versandstücke in Übereinstimmung mit diesen Kennzeichnungen ausgerichtet werden. Bemerkung: Flüssige gefährliche Güter müssen, sofern dies durchführbar ist, unter trockenen gefährlichen Gütern verladen werden.

##### **7.5.7.1 (redaktionelle Änderung):**

Es liegt kein neues materielles Recht vor und enthält somit keine neuen Regelungen. Vielmehr wurde der Text redaktionell in Anlehnung an die Empfehlungen der UN so angepasst, dass er inhaltlich erklärender wirkt.

##### **7.5.7.2 (neu):**

Die Stapelfähigkeit von Versandstücken ist zu beachten. Soweit erforderlich müssen sie durch die Verwendung tragender Hilfsmittel gegen eine Beschädigung der unteren Versandstücke geschützt werden.

##### **7.5.7.3 (neu):**

Während des Be- und Entladens müssen Versandstücke mit gefährlichen Gütern gegen Beschädigung geschützt werden.

##### **7.5.7.4 (bisher 7.5.7.2):**

Die Vorschriften des Unterabschnitts 7.5.7.1 gelten auch für das Beladen, Verstauen und Entladen von Containern auf Fahrzeugen.

##### **7.5.7.5 (bisher 7.5.7.3):**

Mitglieder der Fahrzeugbesatzung (ADR 2005 „Fahr- oder Begleitpersonal“) dürfen Versandstücke mit gefährlichen Gütern nicht öffnen.

*Holger Lemmer, IAF NRW, Fachbereich 4*



# Neue Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV)

*Am 1. März 2007 trat die neue Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) vom 25. April 2006 (BGBl. I S. 988) in Kraft. Die FZV ersetzt indes noch nicht vollständig die bisherige Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO). Mit der von der Verkehrsministerkonferenz der Länder angeregten Neuordnung des Rechts der Zulassung von Fahrzeugen vom 18. August 1998 werden nach der Fahrerlaubnisverordnung (FeV), die die Zulassung von Personen zur Teilnahme am Straßenverkehr regelt, in einem zweiten Schritt die Bestimmungen über das Zulassungsverfahren zur Teilnahme von Fahrzeugen am öffentlichen Straßenverkehr in einer eigenen Rechtsverordnung zusammengefasst.*

Hierzu sind Vorschläge der Länder zur Vereinfachung des Zulassungsverfahrens eingeflossen. Die Vorschriften sind auf übersichtlichere Regelungen, die Anwendung effizienter Verfahren der elektronischen Kommunikation zwischen den beteiligten Behörden sowie der Versicherer mit den Behörden ausgerichtet.

Erreicht wird dies durch die Neuordnung des Rechts der Zulassung von Fahrzeugen zum öffentlichen Straßenverkehr durch Zusammenfassung der bisherigen

in der StVZO und in anderen Verordnungen enthaltenen Vorschriften. Zugleich wird das Zulassungsverfahren vereinfacht, beschleunigt und kostengünstiger gestaltet. Die Zulassungsbehörden werden entlastet. Des Weiteren ermöglichen die Vorschriften einen verstärkten Einsatz von Onlineverfahren und elektronischer Kommunikation.

Das neue Recht, vor allem der Bestimmungen über die Fahrzeugregister, soll die Online-Arbeit der örtlichen Behörden mit dem zentralen Fahrzeugregister voranbringen. Die elektronische Form der Mitteilung der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung soll den Übergang zum künftigen, ausschließlich elektronischen Nachweis des Versicherungsschutzes einleiten und zur effektiven Kommunikation zwischen Versicherern und Zulassungsbehörden und damit zur Entlastung der Bürger von Mitteilungspflichten führen.

Das Prinzip der Zulassung am Fahrzeugstandort wird ersetzt durch das Prinzip der Zulassung am Wohnsitz des Fahrzeughalters. Es wird nicht mehr zwischen vorübergehender Stilllegung und endgültiger Außerbetriebsetzung differenziert. An ihre Stelle tritt die Außerbetriebsetzung mit vereinfachter Wiederezulassung innerhalb von sieben Jahren. Die Länder können nunmehr regeln, dass Anträge

auch bei dazu bestimmten Behörden eines anderen Bundeslandes gestellt werden können, umso das Serviceangebot zu erhöhen.

Die FZV ist in sieben Abschnitte gegliedert. Neben den allgemeinen Regelungen (Abschnitt 1) sowie den Durchführungs- und Schlussvorschriften (Abschnitt 7) sind dem Zulassungsverfahren (Abschnitt 2), der zeitweiligen Teilnahme am Straßenverkehr (Abschnitt 3), der Teilnahme ausländischer Fahrzeuge (Abschnitt 4), der Überwachung des Versicherungsschutzes der Fahrzeuge (Abschnitt 5) sowie den Fahrzeugregistern (Abschnitt 6) jeweils eigene Abschnitte gewidmet.

Darüber hinaus ändert die FZV die StVZO, die 6., 15., 23., 25. und 42. Ausnahmereverordnung zur StVZO, die 2. Verordnung über Ausnahmen von straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften, die Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr, die Verordnung über internationalen Kraftfahrzeugverkehr und die Bußgeldkatalogverordnung sowie die Fahrerlaubnisverordnung und die Fahrerlaubnisfortbildungsverordnung. Die StVZO wird durch eine neue Anlage XXIX ergänzt, mit der die vollständige EG-Klasseneinteilung nach den Betriebserlaubnisrahmenrichtlinien in das nationale Recht überführt wird.

**Darlehen supergünstig \*1) nominal 1,95% ab 2,34% effektiver Jahreszins**  
**35-jährige Beraterkompetenz Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter** Vorortberatung wählbar alles kostenfrei

Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Lfz., bei 30 000,- €, mit \*342,- €, bei 60 000,- €, \*684,- € Rate, \*jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Lfz. 5,37%, eff. Jahreszins 5,99%, b. 12 Jahre, bei Lfz. 14 Jahre eff. Zins ab 6,01%, max. Lfz. 20 Jahre. Kürzere Lfz. bei Gewinnanteilsverrechnung. \*1) Extradarlehen nominal 1,95% ab 2,34% eff. Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag, Supergünstige Hypotheken, mit 5% Sondertilgungsrecht. Beleihung bis 100%.

**www.ak-finanz.de** **AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen** **Tel. 0800/1000 500**  
Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09 **Gebührenfrei**

# Im Gespräch mit Weihbischof Manfred Melzer, Köln

**Das Interview führte Burkhard Jahn  
vom PP Köln im Januar 2007**

**Guten Tag Herr Melzer. Reicht das als Anrede, oder gibt es was offiziell-formelhaftes für einen Kölner Weihbischof?**

Zumindest reicht diese Anrede aus, um zu verstehen, dass ich gemeint bin. Ich habe inzwischen auch gelernt, dass es für manche Menschen wichtig zu sein scheint, durch die bewusste Weglassung jedes Titels eine gewünschte gleiche Augenhöhe zu betonen. So gesehen ist die Anrede in Ordnung. Andererseits ist nach katholischer Auffassung ein Bischof, ist er einmal geweiht, für immer ein Bischof. Er bleibt es bis zu seinem Lebensende. Er bleibt es sogar dann, wenn er seinen Dienst miserabel ausübt oder vom Papst von einer bestimmten Aufgabe entbunden wird.

**Am Anfang steht bei der Polizei meist eine Identitätsfeststellung. Also – WER sind Sie?**

Ich denke, zur Beantwortung dieser Frage reicht aus, was im Internet über mich zu finden ist. Wenn Sie jedoch etwas besonders interessiert, will ich gerne genauer antworten.

(Redakt. Anmerk.: [www.erzbistum-koeln.de/erzbistum/weihbischoefe/melzer/html](http://www.erzbistum-koeln.de/erzbistum/weihbischoefe/melzer/html))

**Sie amtieren seit kurzem als der neue (deutsche) Polizeibischof. Was ist und macht der Polizeibischof, und wie**

**kamen Sie an diesen besonderen Amtsauftrag?**

Wie ich zu diesem besonderen Auftrag kam, ist schnell beantwortet. Ich wurde durch das Sekretariat der Bischofskonferenz in Bonn vorgeschlagen und auf der Herbstvollversammlung aller deutschen Bischöfe im September 2006 in Fulda gewählt.

Mein Vorgänger, Weihbischof Werner Radspieler, aus Bamberg hatte nach 5 Jahren um seine Entpflichtung gebeten.

Anders als beim Militärbischof oder beim Beauftragten der Bischofskonferenz für die Bundespolizei, sind meine engsten Mitarbeiter die Polizeidekane in den 16 Bundesländern. Generell kann man sagen: Hier gilt nach guter katholischer Tradition das Subsidiaritätsprinzip. Dieses Prinzip bedeutet: Was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften tun kann, darf ihm nicht entzogen werden. Es verstößt auch gegen die Gerechtigkeit. Das, was eine kleinere oder untergeordnete Stelle des Gemeinwesens tun kann, darf nicht einfach von einer höheren Instanz in Anspruch genommen werden. Die einzelnen Ebenen sollen einander unterstützen, aber nicht zerschlagen oder aufsaugen.

**Danke für diesen ganz aktuellen Hinweis aus der Katholischen Soziallehre**

**in Bezug auf unsere derzeitige Organisationskultur. Was verbindet Sie mit Polizei? Gibt es historische Verbindungen und Wurzeln oder ein prägendes Erlebnis?**

Ja, es gibt für mich prägende Erlebnisse. Zeitlich liegen sie bald 30 Jahre zurück. Es begann eigentlich mit dem 5. September 1977. Anarchisten hatten den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer auf offener Straße entführt. Bei der Tat erschießen die Entführer den Fahrer Schleyers und drei zu seinem persönlichen Schutz abgestellte Polizeibeamte. Schleyer wird später ermordet aufgefunden. In der Folge der polizeilichen Ermittlungen zeigte sich schon bald, dass auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Erzbischof von Köln, Kardinal Joseph Höffner, und sein ganzes Haus, sehr genau von Terroristen bzw. deren engen Sympathisanten observiert wurden.

Als Erzbischöflicher Kaplan und Geheimesekretär wohnte ich selbstverständlich mit dem Kardinal im gleichen Haus. Sein Fahrer und ich begleiteten den Erzbischof nahezu täglich auf seinen Reisen. Nachdem in einer Kölner Wohnung genaue Aufzeichnungen über den Tagesablauf und über Personen, die regelmäßig Zugang zum Erzb. Haus hatten, gefunden wurden, wurde zu unserem Schutz eine Gruppe von SEK-Beamten bereitgestellt, die uns na-



hezu rund um die Uhr bewachte. Wir bekamen ein gepanzertes Auto und Geleitschutz durch Beamte in anderen Fahrzeugen. Zeitweise fuhr ein Wagen uns voraus, ein anderer Wagen folgte uns. Etwas weiträumiger wurden wir auch von Beamten in Zivil auf Krafträdern umkreist. Natürlich lernte ich im Laufe der Monate die Beamten immer besser kennen, zumal wir auch auf mehrtägigen Reisen von ihnen begleitet wurden.

Die Gespräche wurden mit der Zeit immer persönlicher und vertrauter. Ich legte Wert darauf, die Frauen der meist jung verheirateten Beamten daheim zu besuchen und mit ihnen ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Dies war umso wichtiger, da nach dem Schleyer-Attentat die allgemeine Angst vor weiteren Anschlägen in der Gesellschaft ständig wuchs und täglich Thema in den Nachrichten war. Wie sich jeder denken kann, waren die Frauen in ständiger Angst um ihre Männer und die Beamten selbst lebten in einer ständigen Anspannung.

Nie habe ich persönlich so hautnah erlebt, wie wichtig es für die Beamten war, dass einer sich auf den anderen hundertprozentig verlassen konnte.

Ich habe Jahre später auch miterlebt, wie schrecklich es ist, wenn durch einen Fehler Vertrauen verspielt wurde und ich neben Psychologen als Seelsorger gerufen wurde, um mit den Beamten zu sprechen. Insgesamt ist durch die damaligen Jahre bei mir ein hoher Respekt vor dem Dienst der Polizeibeamten gewachsen.

***Kirchenleute und Polizistinnen bzw. Polizisten kümmern sich um das Wohl der Menschen und tragen Dienstkleidung. Welche Gemeinsamkeiten und Brücken sehen Sie noch?***

Es gibt berufsethische Fragestellungen, die ein wechselseitiges Kennenlernen

geradezu voraussetzen, wenn unsere je eigene Aufgabe für die Menschen fruchtbar werden soll. Stärker als Angehörige anderer Berufsgruppen werden Polizistinnen und Polizisten aber auch Seelsorgerinnen und Seelsorger mit Konflikten und Schattenseiten der Gesellschaft konfrontiert, die niemand einfach stundenmäßig abarbeiten kann. Beide spüren auch, dass die Gesellschaft hohe Erwartungen an uns hat. Auch da gilt es Gemeinsamkeiten zu entdecken und Brücken zu schlagen.

***Polizeibischof ist eine von vielen Aufgaben, die Sie als Weihbischof einer der weltgrößten Bistümer – „in unserer Sprache vielleicht Polizeiinspektion“ – managen dürfen. Geben Sie uns bitte einmal einen kurzen Abriss Ihrer alltäglichen Arbeit. Was ist Ihnen bei Amt und Arbeit besonders wichtig, was motiviert Sie?***

Ich will es bei einer knappen Aufzählung belassen und nur die wichtigsten Aufgabenfelder benennen: Als einem der drei Weihbischöfe im Erzbistum Köln sind mir circa 730 000 Katholiken in 20 Dekanaten anvertraut. Alle sechs Jahre visitiere ich jede Pfarrei, meist bin ich in jeder Woche des Jahres unterwegs, um Jugendlichen das Firm sakrament zu spenden. Als Bischofsvikar hat mir der Erzbischof zusätzlich alle weiblichen Klöster und Ordensfrauen anvertraut.

In den wichtigsten Gremien des Erzbistums bin ich geborenes Mitglied.

Im Rahmen der Deutschen Bischofskonferenz bin ich besonders in der Pastoralkommission und der Kommission Weltkirche tätig. So wirke ich als Mitglied in den Gremien, die die großen Hilfswerke der Kirche – wie zum Beispiel bei Adveniat, Misereor, Missio – leiten. Außerdem bin ich Präsident des Deutschen Lourdes-Ver eins Köln.



**Der Kölner Weihbischof Manfred Melzer ist 1944 in Solingen geboren, hat in Bonn, Freiburg und Köln studiert, ist 1972 zum Priester und 1995 zum Bischof geweiht worden.**

Ich denke, das reicht für einen kurzen Überblick. Wichtig ist mir besonders, dass meine Arbeit ein Dienst ist, der auf Christus hin ausgerichtet bleibt. Unser Glaube sagt uns ganz klar, dass wir Gott nur finden können, wenn wir den anschauen, dem Gott sein Antlitz gegeben hat: den Menschen.

***Lassen Sie uns teilhaben an Ihren Gedanken, Plänen und Wünschen für Ihr Wirken als Polizeibischof. Was können und wollen Sie für die Polizeibeschäftigten tun, was erwarten Sie von den Menschen in der Polizei?***

Gerne würde ich Ihnen auf diese Fragen in einem späteren Interview antworten. Im Februar und im Mai treffe ich mich mit meinen künftigen Mitarbeitern. Deren Erfahrungen und Rat sind mir wichtig. Die ersten Kontakte, die ich knüpfen konnte, haben mir viel Mut gemacht. Ich glaube, dass ich mich auf die neue Aufgabe freuen darf.

***Herzlichen Dank, Herr Bischof Melzer, für diese ersten Auskünfte zu Beginn Ihrer hoffentlich segensreichen Amtszeit als Polizeioberseelsorger. Sicher können wir auch über dieses Medium weiter im Gespräch bleiben und uns z. B. zu spezifischen Themen austauschen.***

# NRW-Polizeistand auf der

*Veranstaltungsablauf der internationalen  
vom 17. bis 19. April 2007*



*Die internationale Polizeitechnikmesse Ipomex 2007 findet vom 17. bis 19. April 2007 in der Halle Münsterland statt. Innenminister Dr. Ingo Wolf ist Schirmherr der IPOMEX 2007 und wird am 17. April die Messe eröffnen.*

*Die Polizei NRW ist auch in diesem Jahr mit einem eigenen Messestand vertreten (B 25, siehe Hallenplan auf Seite 35). Auf dem Messestand, der vom Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW (IAF NRW) konzipiert und organisiert wurde, stellen auch das Polizeipräsidium Münster und die Zentralen Polizeitechnischen Dienste (ZPD NRW) ausgewählte Polizeiprojekte vor. Internationale Unterstützung erhält der Messestand durch niederländische und belgische Fachdienststellen.*



# IPOMEX 2007

## Polizeifachmesse

# IPOMEX®

■ international  
police meeting  
and exhibition ■



Der dritte Messtag ist erstmals öffentlich und damit einem breiten Publikum zugänglich. Auch hier ist die Polizei NRW aktiv und zeigt einen kleinen Ausschnitt aus ihrem Leistungsvermögen.

An diesem Tag stoßen weitere NRW-Polizeibehörden mit Attraktionen für „Groß und Klein“ hinzu (LKA NRW mit der Fliegerstaffel, die Landesreiterstaffel

Dortmund, die Landesturnriege mit ihrer tollen Show und die Technische Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei Wuppertal).

### PP Münster

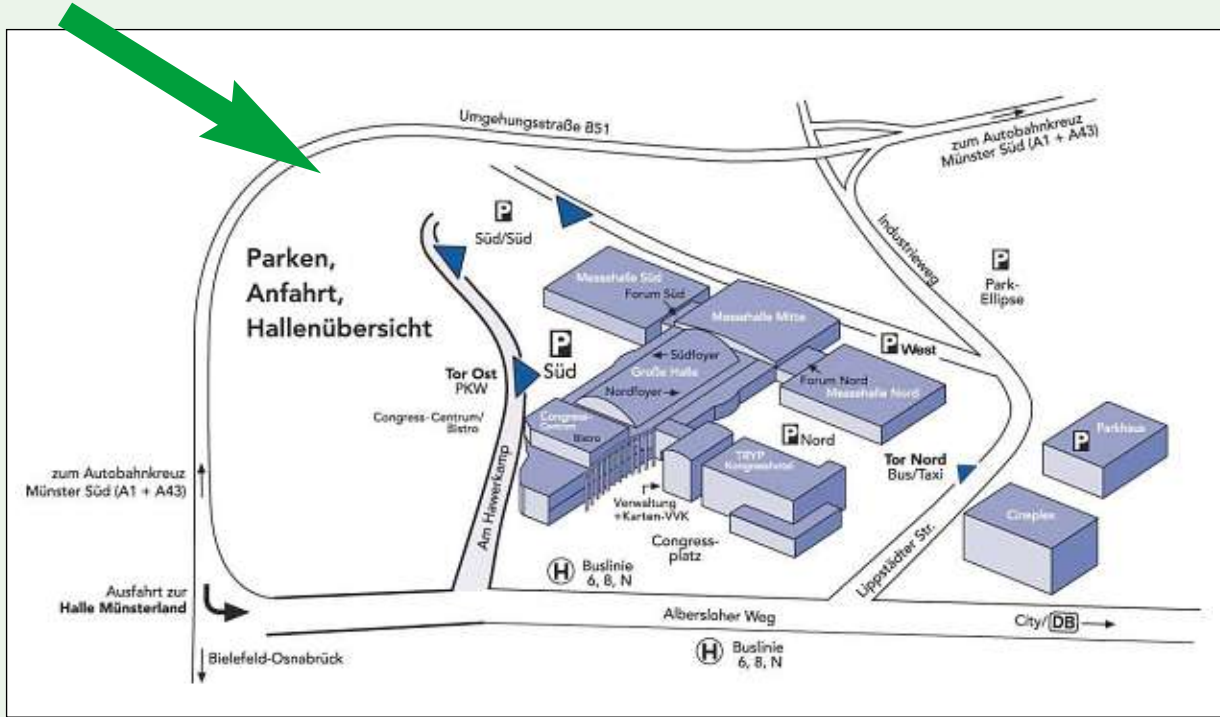
Zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen des PP Münster werden auf dem

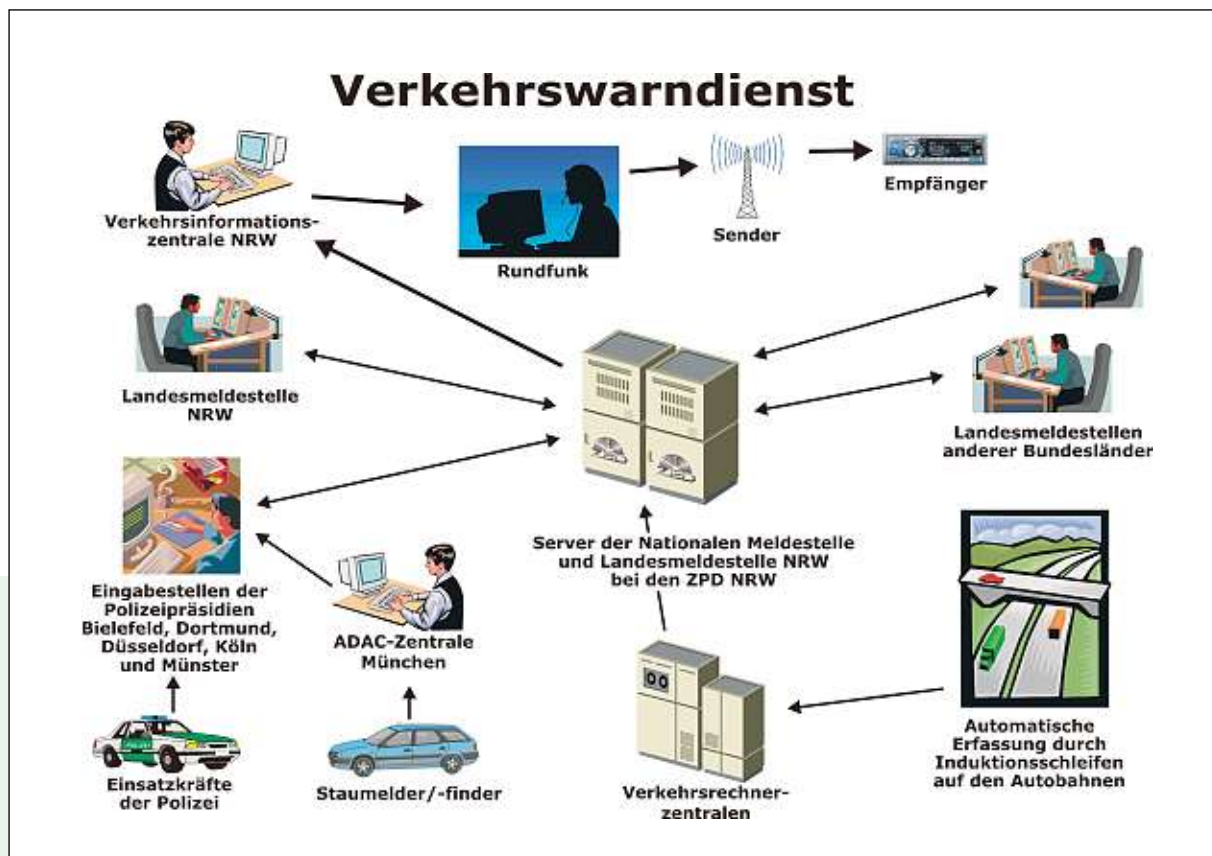
Stand auch niederländische Polizeibeamte vertreten sein, die ihrerseits einen niederländischen Streifenwagen präsentieren.

Des PP Münster wird am Publikumstag folgende Aktionen durchführen:

- Vorführung der 17. BPH zur Fortbildung
- Vorführung der Diensthundestaffel

## Parken, Anfahrt, Hallenübersicht





Projekt Verkehrswarndienst (VWD): Der Übersichtsplan macht deutlich, welche Wege die Störungsmeldungen gehen, bis sie beim Hörer im Radio ankommen.

- Vorträge des Kommissariats Vorbeugung (KV) zu den Themen Internetkriminalität/Amoktaten
- Stand des KV „Netzwerk Sicher zu Hause“, Opferschutz, Gewaltprävention

### ZPD NRW

Die ZPD NRW präsentieren sich in diesem Jahr mit einigen neuen Technikprojekten, die die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen vor Ort in den Behörden spürbar unterstützen werden.

- GESA2006 ist ein landeseinheitliches Anwendungssystem, das zur wesentlichen Optimierung der Datenverarbeitung im Einsatzabschnitt Strafverfolgung/Gefangenensammelstellen innerhalb einer besonderen Aufbauorganisation (BAO) dient und so für diesen Einsatzabschnitt eine maßgebliche Einsatzunterstützung darstellt.

Durch Einsatz modernster Satelliten-Übertragungstechnik wurde die Erfassung von Sachverhalts- und Personaldaten im Einsatzraum ermöglicht (sog. Trichterkonzept). GESA2006 wird zurzeit in sieben Bundesländern eingesetzt.

- Bei PersIS handelt es sich um ein einheitliches webbasiertes Personalinformationssystem, das die Personalverwaltung der über 48.000 Polizeibediensteten in Nordrhein-Westfalen unterstützen soll. Seit dem vergangenen Jahr wird das IT-Verfahren in allen Polizeibehörden und -einrichtungen dieses Landes eingeführt und es wurden bereits über 99% der Beschäftigten darin erfasst. Mit der noch anstehenden Einführung eines in PersIS enthaltenen Fortbildungsmoduls sollen neben der Personal- und Stellenverwaltung auch die zentrale und ört-

liche Fortbildung in einem einheitlichen IT-Verfahren abgebildet werden können.

- FisPol: Das Führungs- und Informationssystem der Polizei NRW ist seit 2006 landesweit im Einsatz und hilft Führungskräften schnell und sicher Entscheidungen auf Grundlage der aktuellen Daten und Fakten zu treffen. Hierfür werden Daten aus allen relevanten Bereichen, insbesondere Einsatz Verkehr, Kriminalität, sowie der Kosten- und Leistungsrechnung erfasst und ausgewertet. Die Polizeikräfte können dadurch zielgerichtet eingesetzt werden.
- Verkehrswarndienst (VWD): Die ZPD NRW stellen den zentralen Server zur Verfügung, auf dem die Nationale Meldestelle und die Landesmeldestelle NRW alle Verkehrsinformationen sammeln. Dabei kommen die Stö-





# IPOMEX®

■ international  
police meeting  
and exhibition ■

Satellitenübertragungstechnik für GESA 2006 verbessert die Erfassung von Sachverhalts- und Personaldaten im Einsatzraum.

Foto: Projekt GESA 2006

rungsmeldungen nicht nur von den Einsatzkräften der Polizei und den Staufindern über die ADAC-Zentrale in München, sondern auch von circa 2.000 Kontaktschleifen auf den Autobahnen. Der Übersichtsplan macht deutlich, welche Wege die Störungsmeldungen gehen, bis sie beim Hörer im Radio ankommen.

- DigiED-Net heißt Digitaler Erkennungsdienst im Netz. Die Zentralen Polizeitechnischen Dienste stellen einen WEB-Server zur Verfügung, auf dem die Daten einer erkennungsdienstlichen Behandlung (Personendaten, Finger- und Handflächenabdrücke, Lichtbilder) in NRW gespeichert sind. Dabei soll die Aufnahme der Finger- und Handflächenabdrücke bereits in 2007 landesweit digital erfolgen. Im Rahmen der polizeilichen Vorgangsbearbeitung können landesweit berechnete Bedienstete über örtliche „Clients“ auf diese ED-Daten zugreifen. Nach Vorgaben des Bundeskriminalamtes (BKA) werden die aufgenommenen ED-Daten an das BKA übersandt und dort in AFIS (Automatisiertes Fingerabdrucksystem) bundesweit zur Verfügung gestellt. Das Projekt wird nur am 3. Tag vorgestellt.

## IAF NRW

- Der Fachbereich 1 präsentiert die Themen „Auslandseinsätze“ und „Technische Einsatzeinheiten (TEE)“. Besonders interessant: An allen drei Messetagen werden für die Bereitschaftspolizei Feuerlöschübungen (Außenbereich der Halle MS) vorgeführt, z.B. Fettexplosion – Wahl des richtigen Feuerlöschmittels; Retten einer Person aus einem brennenden Kfz, Löschen einer brennenden Person (Puppe). Außerdem werden im Außenbereich eine Fahrzeugschau der TEE (Räum- und Bergungsfahrzeuge) sowie Vorführun-

gen des Wasserwerfers 9 stattfinden. Hinzu kommt ein Wasserwerfer der belgischen Polizei.

- Auf dem Messestand der Polizei NRW wird durch die Fachbereiche 3 und 4 durchgängig eine Präsentation zum Fortbildungsangebot „Interkulturelle Kompetenz“ und „Drogen im Straßenverkehr“ angeboten.
- Der Fachbereich 5 veranstaltet auch in diesem Jahr im Außenbereich der Halle Münsterland das Fahr- und Sicherheitstraining „Die sichere Fahrt zum Einsatzort“, „Fahr- und Sicherheitstraining Vierrad und Zweirad“ und „Schutzbekleidung für Zweiradfahrer“.



# IPOMEX – Fachvorträge

Im Rahmen der IPOMEX 2007 werden am 17. und 18. 4. 2007 Vorträge und Präsentationen im Ausstellerforum gehalten. Den aktuellen Zeitplan der Programme entnehmen Sie bitte den Informationen in der Messehalle.

## 17. – 18. 4. 2007

Vom Hacker zur Virensignatur – „Wie werden Sie geschützt?“, Avira GmbH; D 20  
 „Neue Wege der Kriminalitätsbekämpfung durch digitale Aufzeichnungs- und Übertragungskonzepte“, Digital Secure GmbH; D 05  
 „Einsatzführungssysteme für die übergreifende Zusammenarbeit in Großschadenslagen“, Dräger Safety, D 01  
 „Einseitensensor ES 3.0; das zugelassene voll-digitale Geschwindigkeitsmessgerät für den universellen Einsatz“, ESO GmbH, C 01  
 Präsentation des FARO LS Scanner, FARO Europe GmbH & Co. KG; E 05  
 „Einsatz von AntiVirencannern als zentrale Scanlösung für Kunden bei Telekommunikationsunternehmen“, HeLiNet GmbH; D 20  
 „Avira für den öffentlichen Dienst – Mehrwert durch Dienstleistungen von IT-Security Partnern“, Helmich EDV Systeme GmbH; D 20

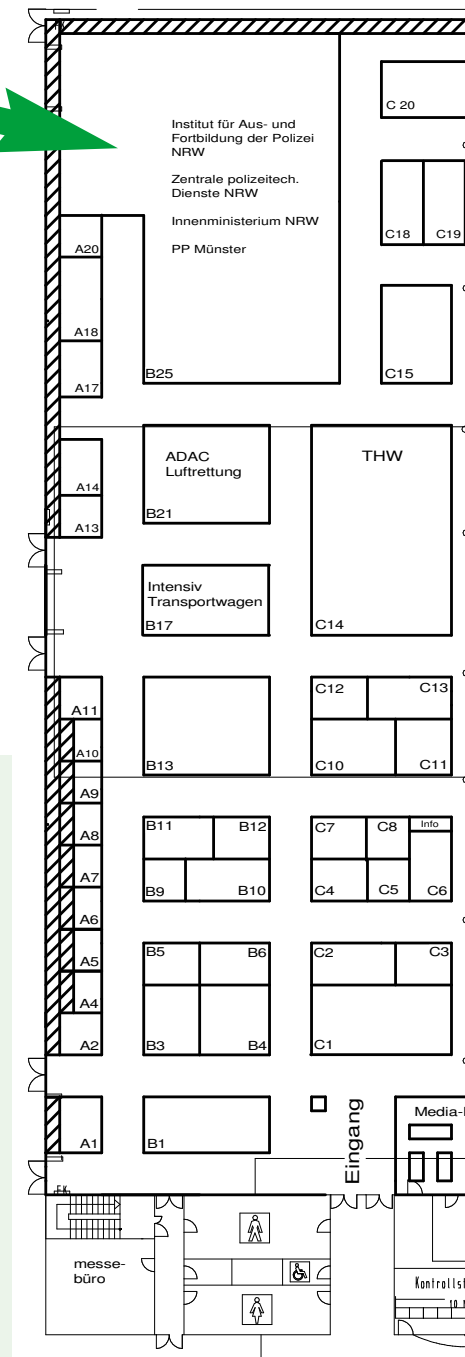
„DNA Datenbanken, nützliche Helfer der Verbrechensaufklärung – ein Fallbeispiel“, Institut für Blutgruppenforschung, LGC GmbH; F 05  
 „Polizei SMS für MEKs und Konferenzschaltung per VoIP per SMS“, Netzing Solutions GmbH; F 02  
 Präsentation der Panoramakamera Pano Scan Mark III, Rollei Metric GmbH; A 13  
 „Drogen im Straßenverkehr – ein internationales Problem“, Securetec AG, D 02

## 19. 4. 2007

Vorträge der Polizei NRW über Amoklagen und Internetkriminalität sowie Präsentationen der Bereitschaftspolizei des EMS und Vorführung der Landeskarategruppe

## Freigelände / Action Center

Vorfürungen von Sicherheitstechnik der Firma Haverkamp GmbH, Brandschutzübungen sowie Präsentationen der Technischen Einsatzeinheiten und der Reiterstaffel NRW.

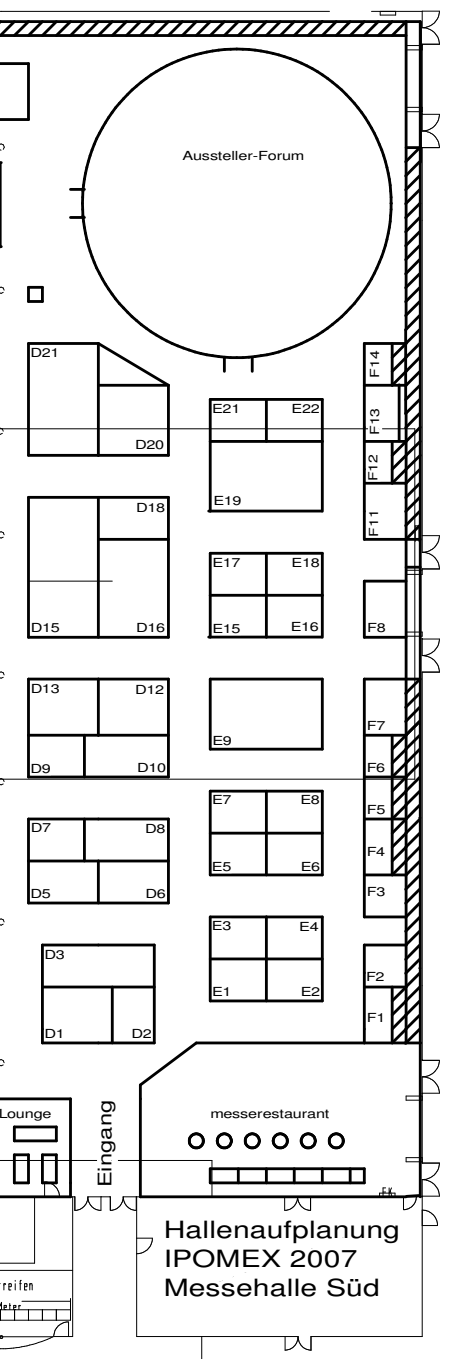


Unternehmen	Stand Nr.
AASSET Security GmbH	B 06
ADAC Luftrettung	B 21
ASB – Arbeiter-Smariter-Bund (Intensivtransportwagen)	B 17
ATIS Systems GmbH	C 08
Autobahnpolizei Münster	B 25
Avira GmbH	D 20
Axmax GmbH	C 05
Behördenspiegel	M 01
BINZ Ambulance- und Umwelttechnik GmbH	C 15
Biosensor Applications AB	C 12
BLACK BOX Deutschland GmbH	B 03
B + S Card Service GmbH	E 21
BOS – Schutz und Ausrüstung	A 02
B. Schmitt mobile GmbH	D 06
Bullard GmbH	F 06
CarryIPC	A 05
CP Cases Ltd. / Amazon Cases	E 06
CPM GmbH	M 02

Deutsche Polizeigewerkschaft	A 20
DIGITAL-SECURE GmbH	D 05
Dräger Safety AG & Co. KGaA	D 01
EasyDentic AG Deutschland	F 13
EMT Ingenieurgesellschaft Dipl. Ing. Hartmut Euer mbH	C 06
ESO GmbH	C 01
FARO Europe GmbH & Co.KG	E 05
Federal Signal Vama, S.A.	E 09
Fintec GmbH	F 08
Firma Siegfried Hintz	C 02
Föderale Polizei Belgien	A 17
France Telecom Mobile Satellite Communications GmbH	D 06
GBS mbH	D 07
GCD Systeme GmbH	C 07
Gesat GmbH	D 06
Hänsch Warnsysteme GmbH	FR 01
Haverkamp GmbH	FR 02

HEARSAFE Technologies GmbH & Co.KG	F 14
HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co.KG	D 20
Helmich EDV Systeme GmbH	D 20
Hitachi Software Engineering Europe AG	n.n.
HNE Technologie AG	A 09
Hochschule der Polizei Hamburg	A 14
C. Hoernecke Chemische Fabrik	C 13
Homeland Security	M 02
Horizont Group GmbH	D 15
ICx Radiation GmbH	B 12
IAF – Institut für Aus- und Fortbildung der Polizei NRW, Bildungszentrum „Carl Severing“, Münster	B 25
Innenministerium NRW	B 25
IPA – International Police Association, Deutsche Sektion	A 18
KL Format Krebs und Lemke GmbH	F 04
KRD-Sicherheitstechnik GmbH	F 12





# Kongress Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr

*am Dienstag 17. April + Mittwoch 18. April 2007*

Die Veranstaltung findet parallel zur IPOMEX in den Kongresshalle der Halle Münsterland statt. Sie richtet sich an Verantwortliche der Polizeien von Bund und Ländern, Bezirksregierungen sowie von Rettungsdiensten. Eine vorangehende Anmeldung zu dieser Veranstaltung ist erforderlich. Mit diesem Kongress soll ein informatives Forum geschaffen werden, das aktuelle Themen aufgreift, praxisnahe Bezüge präsentiert und den Teilnehmern die Möglichkeit zum Austausch bietet.

Hochrangige Referenten informieren über die Sicherheitslage, mögliche Bedrohungen und befassen sich mit Konzepten für Gegenmaßnahmen. Ein Auszug aus dem Kongressprogramm:

**Dienstag, 17. April 2007, 13:00 – 14:00 Uhr**

Dieter Wehe, Inspekteur der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen:

„Einsatz der Polizei bei größeren Gefahren- und Schadenslagen sowie Katastrophen“

**14:00 – 15:00 Uhr**

Dietrich Lämpke, BBK, Leiter der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ):

„Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge – Anforderungen an ein nachhaltiges Krisenmanagement in Deutschland“

**15:30 – 16:30 Uhr**

LPD Karl-Heinz Brüggemann, Polizeiinspektion Emsland/Grafschaft Bentheim:

„Die Transrapid-Katastrophe – eine Herausforderung für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte“



Dieter Wehe, IdP NRW

Lab-Electronic GmbH	B 05
LGC GmbH	F 05
Lührs Rescue GmbH	B 13
MAVAND Solutions GmbH	A 06
MD Technik GmbH	E 17
MEADE Instruments Europe	D 08
Meltron ISS GmbH	C 12
Messtechnik Mehl GmbH	E 7
mh-SERVICE GmbH	C 18
Microgard Deutschland GmbH	E 04
von Minden GmbH	A 08
MLD – Multi-Liquid-Display GmbH & Co.KG	A 05
Netzng Solutions AG	F 02
Niemöller & Abel GmbH & Co.KG	B 11
NUCLETRON Electronic Vertriebs-GmbH	A 10
Panasonic Marketing Europe GmbH	D 13
Perebo GmbH & Co. KG	B 01
Photron (Europe) Ltd.	D 09

Pilot GmbH Chemie Technik	B 09
Polizeipräsidium Münster	B 25
Polizei Spiegel	M 03
Protzek Gesellschaft für Biomedizinische Technik mbH	A 04
QuickUptent GmbH	F 08
ROLLEI Metrik GmbH	A 13
Safeline	D 10
SAFE-TEC GmbH	E 03
SATLYNX – SES Managed Services SA	FR 03
SCHNOOR Industrie-elektronik GmbH & Co.	D 21
Schuberth GmbH	B 10
Securetec Detektionssysteme AG	D 02
Selectric Nachrichtensysteme GmbH	C 07
Sepura Ltd. Radio House	C 07
SIDAG GmbH	E 01
SMART Technologies Germany GmbH	C 11
Sortimo International GmbH	E 19

Spheron VR AG	C 03
Stadt Münster – Ordnungsamt	D 16
Swissphone Telecommunications GmbH	D 18
Technisches Hilfswerk	C 14
Topcon Deutschland GmbH	B 04
TRAJET GmbH	C 04
TS-Plus GmbH	A 07
ulti med Products Deutschland GmbH	A 11
Urban Mobility SEGWAY Distributor GmbH	A 01
Victorinox AG	C 19
VKT Video Kommunikation GmbH	D 09
Voss + Partner GmbH	F 01
Zeichentechnik H. Rosenbaum	B 04
Carl Zeiss Optronics GmbH	D 12
ZPD – Zentrale Polizeitechnische Dienste NRW	B 25

Änderungen vorbehalten

# Preisrätsel



**Phantasia**  
LAND  
DIE GANZE WELT DES ENTERTAINMENTS

## Talocan – Die neue Phantasialand-Attraktion 2007

### Gewinnen Sie mit der „Streifen“ 2 x 2 Eintrittskarten

gefülltes Kalbschnitzel (2 Wörter)			Kalbsbrustdrüse	Werbeschlagwort	weibl. Märchengestalt	Abk.: Erdgeschoss	Ältestenrat	Zeichen für Thoron
eingebaut, nicht beweglich								
Abk.: Rhode Island	8	platzieren						4
Autor von „Robinson Crusoe“ † 1731						Ausdehnungsbegriff		Küchengerät
Zeichen für Osmium		in die Höhe bewegen			Nachlokal		9	
planieren		Unnachgiebigkeit	2					
					östr. mundartlich: hiesig		gesellschaftl. festen Platz habend	
Bücherwurm		eingedickter Saft		Räuber				
					6			
				Operettenkomponist † 1948		geistig		Aristokratin
Verfall, Zusammenbruch	Verkehrsweg der römischen Antike	afrikanisches Furnierholz						
Rente, Pension								13
Abk.: Operationsaal	1	Halschmuck		Strom in Afrika				
Bienenzüchter	Ordnungssystem		3					
				schlimm sich sehr anstrengen				
unentgeltlich, umsonst	Zirkuskünstler	umgangssprachl.: Greisin				10		
			5					
Abk.: Steinkohleeinheit				schwelen, kokeln, brennen				
Kfz-Z. Türkei		Abk.: Seine Exzellenz						
Fischeier						12		
fort, weg		European Space Agency (Abk.)			niederländ.: eins			
Holzfallerwerkzeug								11
	7							
Nebenmeer des Atlantiks		engl. Frauenkurzname						
					sl0924.8-56			

**AUFLÖSUNG DES LETZTEN RÄTSELS**

■ A S ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■  
 ■ S T R A N D E N  
 ■ T E N I E R E  
 ■ R I N G E K  
 ■ O L O B A D E  
 ■ N T R A E N E  
 ■ K O B R A V U G  
 ■ M A L O R E  
 ■ R I S K I E R E N  
 ■ S E I T G G  
 ■ N P A B L O  
 ■ K A V A L I E R  
 ■ E I N ? O M A  
 ■ N S I N G E N  
 ■ K N I C K A N G  
 ■ Z H E S T E  
 ■ G E S U C H  
 ■ I C H E  
 ■ C H E B R  
 ■ H O O R N  
 ■ N N U  
 ■ U E B E R  
 ■ U N R U H E  
 ■ G S E E

**Tanzspektakel (1-13)**

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Talocan – Der zornige Gott des Universums. Ihm neigen sich ehrfurchtsvoll die Häupter der vier Himmelsrichtungen. Ihm huldigen Licht und Dunkelheit, Zeit und Ewigkeit.

Nun ist es gewiss: Talocan, die neue Phantasialand-Attraktion 2007 ist eine bislang einmalige Attraktion in Europa – die Füße bzw. die Köpfe der Fahrgäste baumeln frei über schroffen Abgründen! Eingebettet in die Ehrfurcht gebietenden Ruinen eines Aztekentempels bietet diese Attraktion die extrem-bodenlose Grenzerfahrung.

Als Schatzsuchende von Talocans Sonnenstein erfährt man dessen Macht und Stärke in einem wahren Wirbel durch die Atmosphäre. Das aztekische Theming mit seinem Reichtum an Details und Ornamenten kommt einer Abenteuerreise nach Mexiko gleich.

Versehen mit einzigartigen Spezialeffekten, wie Feuergarben, Wassereffekten, Geysiren und Nebelbänken, ist Talocan das unvergessliche Erlebnis für jeden – ob für den Fahrgast oder den bloßen

Zuschauer! Selbst diejenigen, die sicheren Abstand zu ihm wahren, werden seiner hypnotischen Macht verfallen. Talocan ist die Kraft, die alles in den Schatten stellt!

Beobachten Sie das Werden einer geheimnisvollen Welt. Erfahren Sie die wachsende Macht Talocans. Täglich liefern wir Ihnen über unsere Webcam auf [www.talocan.de](http://www.talocan.de) aktuelle Bilder der neuen, pulsierenden Attraktion 2007 im Phantasialand.

Jetzt nur noch das richtige Lösungswort auf einer ausreichend frankierten Postkarte oder per E-Mail bis zum 2. Mai 2007 einsenden an:

**Innenministerium NRW**  
**Redaktion „Streifen“**  
**Kennwort: Phantasialand**  
**Haroldstraße 5**  
**40213 Düsseldorf**

Bitte der Redaktion:  
Bei E-Mails im Betreff nur PREIS-RÄTSEL eintragen und grundsätzlich die vollständige Privatadresse angeben. Danke!

# Vorschau auf die April-Ausgabe 2007



## Vereidigungsfeier 2007 fand beim IAF NRW in Selm/Bork statt

498 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter wurden in Selm vereidigt. In seiner Festansprache zeigte Innenminister Dr. Ingo Wolf den 226 Frauen und 272 Männern die Tragweite ihrer zukünftigen Aufgaben auf. Er wies sie auf Ihre hohe Verantwortung hin, die richtige Balance zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden und mit Leben erfüllen. Denn daran werden nach seinen Worten die jungen Berufsanfängerinnen und -anfänger sowie die gesamte Polizei gemessen. Mehr Einzelheiten aus der Rede von Innenminister Dr. Ingo Wolf und Bilder zur Vereidigungsfeier finden Sie in der nächsten „Streife-Ausgabe“.

## Polizei NRW verteilt 48.000 neue Opferschutzbroschüren

Der Schutz von Menschen, die Opfer von Straftaten werden, gehört zu den Schwerpunkten der nordrhein-westfälischen Polizeiarbeit. Schnelle und unbürokratische Hilfe muss deshalb selbstverständlich sein. Zur Information von Opfern hat das Innenministerium jetzt eine neue Broschüren zum Opfer-

schutz und zur Opferhilfe mit aktuellen Anschriften von Hilfeeinrichtungen sowie Telefonnummern an alle Polizeibehörden ausgegeben. In der nächsten Ausgabe berichtet die „Streife“ über die Aktion. Aktuelle Informationen zur Kampagne finden Sie aber schon jetzt unter [www.polizei.nrw.de](http://www.polizei.nrw.de).



**Redaktionsschluss** für die April-Ausgabe war der **10. 4. 2007**, für die Mai-Ausgabe der **10. 5. 2007**.



## 10 Jahre Brandmittelspürhunde in NRW – die Zwischenbilanz

Seit 1997 verfügt das Land NRW über Brandmittelspürhunde. NRW war das erste Bundesland, das Polizeihunde speziell für das Aufspüren potentieller Brandbeschleunigungsmittel im Rahmen der Brandursachenforschung ausbildete. Heute verfügen die Polizei NRW über 10 Jahre Erfahrung in der Ausbildung und im Einsatz von Brandmittelspürhunden. Das Institut für Aus- und Fortbildung (IAF) der Polizei Nordrhein Westfalen und der Fachbereich I/Sachgebiet 11.3 des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen LKA NRW nehmen das Jubiläum zum Anlass, ein kurzes Zwischenfazit zu ziehen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Innenministerium  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
Haroldstraße 5  
40213 Düsseldorf

**Verantwortlich:** Dieter Spatink,  
Leiter des Referates Öffentlichkeitsarbeit

**Redaktion:** Ralf Hövelmann, Sabine Severing,  
Bettina Niewind

**Anschrift der Redaktion:**  
Innenministerium NRW  
– Öffentlichkeitsarbeit –  
– Redaktion „Streife“ –  
Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Tel. (02 11) 8 71-23 66,  
Fax (02 11) 8 71-23 44  
CN-PolNRW 07-221-2366  
Internet: [www.streife-online.de](http://www.streife-online.de)  
E-Mail: [streife@im.nrw.de](mailto:streife@im.nrw.de)

**Verlag, Herstellung und Anzeigen:**  
VVA Kommunikation GmbH,  
[www.vva.de](http://www.vva.de)  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf,  
Telefon (02 11) 73 57-0,  
Telefax (02 11) 73 57-507.

**Anzeigenverkauf:** Petra Hannen  
Tel. (02 11) 73 57-6 33,  
Anzeigentarif Nr. 20 vom 1. Oktober 2006.  
Anzeigenschluss: jeweils am 1. des Vormonats.

Beiträge zur Veröffentlichung können direkt an die Redaktion im Innenministerium gesandt werden.

An den abgedruckten Beiträgen behält sich die „Streife“ alle Rechte vor. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe. Die mit Namen versehenen Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers (Signet des Herausgebers ■) wieder.

Kürzungen von Leserzuschriften behält sich die Redaktion vor und bittet hierfür um Verständnis. Für Manuskripte und Fotos, die unaufgefordert eingesandt werden, wird keine Haftung übernommen.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.

**Bezugsbestimmungen:**  
Die „Streife“ erscheint 10-mal, davon zwei Doppelhefte Jan./Febr. und Juli/Aug. Der Abonnementpreis beträgt jährlich 28,- € (inkl. 7% Umsatzsteuer und Versandkosten).



## SCHUPPENFLECHTE · NEURODERMITIS WEISSFLECKENKRANKHEIT

Endlich neue therapeutische Möglichkeiten!

Gute Heilungschancen durch den X-TRAC-Excimer-Laser.

Die Zulassung für NRW jetzt in meiner Praxis. Wir informieren Sie gerne!

Sprechen Sie uns auch zur Laserbehandlung krankh. Überbehaarung/Besenreiser an.

Laserschwerpunktpraxis: Dr. R. Bertlich – Hautarzt – Brassertstr. 66 · 45768 Marl  
Tel.: 0 23 65 / 5 69 03 · Fax: 0 23 65 / 5 70 03 · [www.dr-bertlich.com](http://www.dr-bertlich.com)

### PARTNER IN BAUFINANZIERUNGSFRAGEN

**Neu: Beamten / Angestelltendarlehen für Mitarbeiter im ö.D. mit mind. 5-jähr. Besch.dauer:** Festzins ab 6,16 %, effektiv 6,59 %, LZ 12 Jahre. Beispiel: für einen 30-jähr. kosten 30.000 € mtl. 286,92 € inkl. Lebensvers. Festzins 6,59 %, effektiv 6,99 %, LZ 20 Jahre. **Neu: Beamte auf Probe.**

**Darlehen für Beamte / unkündbare Mitarbeiter ö.D.:** Festzins ab 5,5 %, effektiv 6,04 %, LZ 12 Jahre, Festzins ab 5,95 %, effektiv 6,53 %, LZ 20 Jahre, Beispiel: für einen 30-jährigen kosten 40.000 € mtl. 366 € inkl. Lebensvers. 20 Jahre LZ

**Darlehen für Hausbesitzer:** 10.000 € ohne Grundbucheintragung, Zinssatz ab 5 %, effektiv 5,14 %, Rate 84 €  
**Hypothekendarlehen für Umfinanzierung, Kauf, Neubau bitte Angebot anfordern**

Vermittelt: Gutfinanz Kapitalbeschaffung GmbH  
Kopernikusstraße 15 · 37079 Göttingen  
Fon 05 51 / 9 98 98 44 · Fax 9 98 98 30  
[info@gutfinanz.de](mailto:info@gutfinanz.de) · [www.gutfinanz.de](http://www.gutfinanz.de)

Unsere Anzeigenverwaltung erreichen Sie unter

Tel. 02 11-73 57-5 68

Fax 02 11-73 57-5 07

### Beamten- und Angestellten-Darlehen Partner der Nürnberger Versicherung

**Festzins 12 Jahre 5,15%, effekt. Jahreszins 5,88%**  
**Beispiel:** 30-jährige Beamtin, Festzins 5,95%, Laufzeit 20 Jahre, effekt. Jahreszins 6,53%.

20.000 € = monatlich 175,37 € inkl. Lebensvers.  
35.000 € = monatlich 305,20 € inkl. Lebensvers.

**Ratendarlehen:** Festzins ab 5,40%, effekt. Jahreszins, Laufzeit 1–10 Jahre.

**NEU:** Auch für Beamte auf Probe und Pensionäre.

**Info-Büro 0800 / 77 88 000 gebührenfrei**  
Fax-Nummer: 0 51 30 / 79 03 95

vermittelt: K. Jäckel, Burgwedeler Str. 25A, 30900 Wedemark  
[www.beamtendarlehen-center.de](http://www.beamtendarlehen-center.de)

# Thomas Klöpper TKBO

Ausrüstungen und Abzeichen für Feuerwehr und Polizei



**Jeanshose,**  
gerade geschnitten,  
mit 5 Taschen und 9 doppelten Gürtelschlaufen,  
Farbe: beige;  
Material: 100% Baumwolle zu festen Jeansstoff verarbeitet  
Größen: bitte in Inch angeben: Bundweite / Schrittlänge



33,- €

**Ausrüstungskoppel,**  
mit Sicherheitschloss,  
verstellbar bis zu 115 cm;  
Farbe: schwarz;  
Material: Codura



27,- €

**Unterziehhollkragenpullover,**  
Ausführung wie Polizei NW;  
Farbe: bambus mit Einstickung "POLIZEI";  
Material: 100% Baumwolle (Sweat-Shirt-Qualität);  
Größen: S - XXXL



20,- €

**Polizeieinsatzhandschuhe "SEK",**  
Schutzwirkung durch Spezialfüllung  
in Knöchelbereich und an den Gelenken  
(Protektoren), Gummizug am Handgelenk;  
mit schnitthemmender Kevlar-Einlage;  
Farbe: schwarz;  
Obermaterial: Leder



44,- €

**Thomas Klöpper**

Karl-Friedrich-Str. 24  
44799 Bochum

Telefon:  
0234 / 940 96 80

Fax:  
0234 / 940 95 50  
[www.tkbo.de](http://www.tkbo.de)

**Fleece-Sweat,**  
mit Zippeißverschluss,  
Farbe: beige  
mit Einstickung "POLIZEI";  
Material: Climatec - Fleece;  
Größen: XS-XXXL



25,- €



# IPOMEX®

international  
police meeting  
and exhibition

## Internationale Polizeifachmesse und Konferenz

17. – 19. April 2007

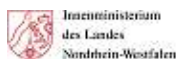
Fachbesucher (nur mit Dienstausweis) am 17. + 18. April 2007

Fachbesucher aus der Industrie/Publikum am 19. April 2007

- Fachmesse mit Präsentationen führender Anbieter
- Neu: Kongress „Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr“
- Begleitende Konferenz der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol)
- Foren und praxisnahe Vorführungen

Münster

[www.ipomex.com](http://www.ipomex.com)



Veranstalter: Halle Münsterland GmbH · Albersloher Weg 32 · D-48155 Münster  
Tel.: +49 (0)2 51 - 66 00 - 1 11 · Fax: +49 (0)2 51 - 66 00 - 1 05 · E-Mail: [info@ipomex.com](mailto:info@ipomex.com)

**Halle Münsterland**  
Münster Messen+Congresse und Events